

## Pressespiegel vom 19. bis 21.02.2011

### **Sächsische Zeitung**

#### **Leben ist mehr als Überleben**

*Von Peter Ufer*

Die Gesetze müssten geändert werden, um sich gegen Rechtsextremisten besser wehren zu können. Das sagte gestern Charlotte Knobloch in Dresden. Eigentlich wollte sie auswandern. Dieses Deutschland war ja nicht auszuhalten. Ihr Vater hielt sie auf. Er war fest entschlossen, den Gedanken, im sogenannten Land der Mörder zu leben, ertragen zu wollen. Das war vor 65 Jahren. Seitdem saß Charlotte Knobloch immer auf gepackten Koffern, stets bereit, abzureisen. Das erzählte die 1932 in München geborene Jüdin im Dresdner Schauspielhaus. Am Sonntag starteten dort die diesjährigen Dresdner Reden. Trotz ihrer „Kofferexistenz“ brachte sie sich ein, wurde Präsidentin der Israelitischen Kultusgemeinde München, schließlich Vorsitzende des Zentralrats der Juden in Deutschland.

„Ich bin gern in Dresden“, sagt sie, besonders heute, denn die Stadt sei in den vergangenen sieben Tagen Schauplatz einer Demokratie- und Freiheitsbewegung gewesen. Die Bürgerinnen und Bürger hätten sich ihre Stadt zurückerobert. „Sie haben Verantwortung übernommen“, sagt Knobloch. „Das ist Zivilcourage. Das ist gelebte Demokratie. Ich verneige mich vor den Dresdnerinnen und Dresdnern.“

#### **Deutschland alimentiert Nazis**

Sie lässt dennoch keinen Zweifel daran, dass in dieser Stadt etwas schiefgelaufen sei. „Letztes Jahr war es ein grandioser Sieg des Gewissens, ein Leuchtsignal der Vernunft und ein bürgerlicher Durchbruch als sich viele Tausende den Neonazis in den Weg stellten.“ Deshalb sei es mehr als tragisch, wie dieser Triumph des mündigen Zivilbürgertums jetzt per Richterspruch zu einem Triumph der Rechtsextremisten mutiert sei.

„Auf der Basis unseres Grundgesetzes werden unsere Verfassungsfeinde zu Opfern erklärt, integre Bürger, Ordnungs- und Polizeibehörden dagegen zu Tätern.“ Dieser Zustand sei inakzeptabel. Deshalb fordert Charlotte Knobloch von Gesetzgebern sowie Richtern und der Exekutive, alle zur Verfügung stehenden Mittel auszuschöpfen, um die Grundfesten der Demokratie zu verteidigen. Die Politik müsse endlich aufwachen und wenn nötig Gesetze ändern. „Eine wehrhafte Demokratie – und diesen Anspruch haben wir – darf nicht tolerieren, dass Geschichtsrevisionisten mit ihren perfiden Strategien unseren freiheitlichen Rechtsstaat missbrauchen und die Staatsgewalten gegeneinander ausspielen, um ungestört nationalsozialistisches Gedankengut zu verbreiten.“

Die Vizepräsidentin des Jüdischen Weltkongresses fordert einen neuen Anlauf für ein NPD-Verbotsverfahren: „Die NPD tritt rassistisch und antisemitisch auf. Das steht in jedem Verfassungsschutzbericht. Wie, um Himmels willen, können wir zulassen, dass menschenverachtendes Gedankengut millionenschwer staatlich alimentiert, mit

---

deutschen Steuergeldern subventioniert wird.“ Die Strategie der Rechten stützte sich auf drei Säulen: den Kampf um die Straße, um die Parlamente und um die Köpfe. „Wenn wir uns schon auf der Straße geschlagen geben, sind Erfolge auf den anderen Bereichen nur eine Frage der Zeit.“

Charlotte Knobloch stellte sich dem Vorwurf, sie könne sich als Überlebende des Holocaust von der Vergangenheit nicht lösen. Doch gerade weil sie jener Katastrophe entkommen sei, wisse sie, dass Leben mehr ist als Überleben. Ihr Vater steckte sie an mit unbeirrbarer Zuversicht. Und als am 9. November 2003 in ihrer Heimatstadt der Grundstein für die neue Münchner Synagoge in die Erde eingebracht wurde, packte sie am Abend daheim ihren Koffer aus. „Es war richtig, zu vertrauen“, sagt sie.

In Deutschland sei es gelungen, aus dem schwierigen Spannungsfeld zwischen Vergangenheitsbewältigung und Zukunftsgestaltung konstruktive, positive Energien zu ziehen. Heute, sechs Jahrzehnte nach einer fast vollständigen Zerstörung, ist das deutsche Judentum die weltweit am schnellsten wachsende jüdische Gemeinschaft. Vor allem die Entwicklung der letzten zwanzig Jahre sei enorm, so Knobloch. Die deutsche Wiedervereinigung war auch für die Juden in diesem Land ein Neuanfang. Die Bundesrepublik wurde vor allem für Juden aus der ehemaligen Sowjetunion zum Zufluchtsort.

Charlotte Knobloch blickt ins Publikum, sagt: „Es ist eine jener Paradoxien unserer Geschichte, dass vor etwa 20 Jahren ausgerechnet Deutschland zum Zufluchtsort für viele tausend jüdische Menschen wurde.“ Hätten die Juden in der deutschen Diaspora der ersten Nachkriegsjahrzehnte noch ein Leben in der Schwebelage geführt, so etablierten die Einwanderer aus der ehemaligen Sowjetunion ein jüdisches Leben in der Bundesrepublik, das auf Dauer angelegt sei. Ihre „Verweil-Mentalität“ löse die Idee der „Koffer-Existenz“ ab.

### **Israel muss sich verteidigen**

Die jüdischen Gemeinden, so wie in Dresden beispielsweise, seien heute mitten in der Stadt Orte zwangloser Begegnung, des fröhlichen Miteinanders, ein Forum für alle Bürger. „Die jüdischen Gemeinden reifen wieder zu Stützpfeilern der Zivilgesellschaft heran“.

Mit dem grassierenden Antisemitismus müsse sich der Jude immer auseinandersetzen. „Antisemiten kritisieren uns immer, entweder unsere Anpassung oder erst recht unsere Abgrenzung.“ Das sagt eine dreifache Mutter, die 1942 als Kind auf der Deportationsliste der Nazis stand. Sie könne auch die Kritik am Vorgehen der israelischen Regierung verstehen, wirbt aber zugleich um Fairness, Empathie und Verständnis für ein Land, das für sich in Anspruch nehme, was jedem souveränen Staat zustehe: seinen Menschen ein unbehelligtes Leben in sicheren Grenzen zu gewähren. Die Juden könnten nicht schon wieder ihre Koffer packen.

*„Dresdner Reden“ ist eine gemeinsame Veranstaltung des Staatsschauspiels Dresden und der Sächsischen Zeitung. Nächsten Sonntag spricht Rüdiger*

---

## **Polizei stürmt Parteizentrale der Linken und das Jugendhaus vom Roten Baum**

*Von Alexander Schneider*

Großrazzia im Haus der Begegnung: Wurden von hier aus die gewalttätigen Angriffe der Autonomen bei den Demos gelenkt?

**Dresden.** Sonnabend, es ist gerade dunkel, als plötzlich Dutzende Polizeiautos mit Blaulicht zur Großenhainer Straße in Pieschen rasen. Ziel: Das Haus der Begegnung, Zentrale der Dresdner Linkspartei und im Hinterhof das Jugendhaus des Vereins Roter Baum. Ein Spezialeinsatzkommando (SEK) stürmt die Gebäude. Die schwarz gekleideten, verummten Beamten halten sich nicht mit Klingeln auf. Sie treten alle Türen ein, selbst unverschlossene. Manchmal nehmen sie die Kettensäge zur Hand. Schnell sind die Räume unter ihrer Kontrolle.

Erst kurz zuvor hatte eine Richterin die Razzia angeordnet. Einer der Vorwürfe: schwerer Landfriedensbruch. Der Einsatz steht im Zusammenhang mit den Demos, die zu dem Zeitpunkt noch laufen.

Etwa 16 Menschen, es sind Jugendliche bis über 30-Jährige, werden mit Kabelbindern gefesselt. Darunter: Zwei Mitarbeiter der Linkspartei, die am Info-Telefon der Partei saßen, und vier Leute des Bündnisses „Dresden nazifrei“ – die Blockade-Initiative machte ihre Pressearbeit im Haus der Begegnung. Auch acht Jugendliche, die in den Räumen des Roten Baums waren, wurden abgeführt. „Einer hat einen Kreislaufkollaps erlitten“, sagt Katja Kipping, Bundestagsabgeordnete und Vizechefin der Bundespartei noch in der Nacht.

### **Festnahme und Durchsuchung**

Die Verdächtigen müssen sich bis auf die Unterhose entkleiden und werden durchsucht, angeblich nach Speichersticks. Stunden später werden sie abgeführt. Die Nacht verbringen sie im Gewahrsam, werden vernommen. Offenbar erst da sollen ihnen alle Vorwürfe eröffnet worden sein: Neben Landfriedensbruchs auch „Bildung einer kriminellen Vereinigung“.

Der Verdacht: Im Haus der Begegnung oder im Jugendhaus des Roten Baums sollen gewalttätige Angriffe von Gegendemonstranten auf Nazis und Polizeibeamte generalstabsmäßig gelenkt worden sein. Telefonüberwachungen hätten die Polizei zum Haus der Begegnung geführt, heißt es noch am späten Abend aus dem Umkreis der Linkspartei.

Hans-Jürgen Muskulus, Dresdner Parteichef und Vorsitzender des Vereins „Haus der Begegnung“, ist entsetzt. Die Vorwürfe schiebt er beiseite, spricht von einem „skandalösen Einsatz“. „Man versucht uns zu kriminalisieren, weil wir eine der tragenden Säulen des friedlichen Protestes gegen Naziaufmärsche sind.“ Er kündigt ein juristisches und politisches Nachspiel an.

Noch bis ein Uhr sichert die Polizei Beweise vor Ort. Was genau, bleibt unklar. Lorenz Haase, der Sprecher der Staatsanwaltschaft sagte gestern, die Durchsuchung habe ausdrücklich nicht der Linkspartei gegolten, sondern Räumen des Jugendvereins. Haase spricht von einem „Verfahren gegen unbekannt“, einer der Vorwürfe sei schwerer Landfriedensbruch. Von Festnahmen – dokumentiert vom Fotografen der SZ – sei ihm nichts bekannt. Laut Haase wurden ausschließlich Räume des Jugendvereins Roter Baum durchsucht – auch das deckt sich nicht mit tatsächlichen Beobachtungen.

### **Alle Räume betroffen**

Muskulus widerspricht entschieden: „Hier wurden alle Räume aufgebrochen und durchsucht: Nicht nur unsere Parteibüros, auch die Kanzlei von Rechtsanwalt Thomas Grundmann, das Büro der Russlanddeutschen Landsmannschaft, selbst eine Privatwohnung“, sagt Muskulus. Die Polizei habe Computer beschlagnahmt. Zwei von der Linkspartei, zwei vom Blockade-Bündnis, selbst den der Mieterin aus dem Dachgeschoss.

„Wir haben in unserem Pressebüro nicht zu Straftaten aufgerufen“, sagt Stefan Thiele von „Dresden nazifrei“. Er nennt die Razzia eine „Racheaktion, um an uns noch mal ein Exempel zu statuieren.“

---

### **Dresdner verhindern Neonazi-Aufmarsch**

*Von Alexander Schneider und Annette Binniger*

Schwere Krawalle von Rechts- und Linksextremisten. 82 Polizisten zum Teil schwer verletzt.

**Dresden.** Den Dresdnern ist es zum zweiten Mal innerhalb einer Woche gelungen, einen Marsch von Neonazis durch die Innenstadt zu verhindern. Weit über 12.000 Menschen demonstrierten am Sonnabend laut Polizei friedlich bis in die Abendstunden hinein. Bis zu 800 Demonstranten blockierten stundenlang die geplante Route der Neonazis nahe des Hauptbahnhofs.

Am Rande des friedlichen Protests kam es jedoch immer wieder zu gewalttätigen Auseinandersetzungen von Links- und Rechtsradikalen mit den rund 6 300 eingesetzten Polizisten. Bittere Bilanz: 82 Polizisten wurden bei den schweren Krawallen verletzt, mindestens sieben davon schwer.

Die Gewalt habe alle Befürchtungen bei Weitem übertroffen, zog Dresdens Polizeipräsident Dieter Hanitsch gestern eine erste Bilanz. Unter den insgesamt 3 000 Rechtsextremen waren nach seiner Schätzung rund 1 000 gewaltbereite. Die Zahl gewalttätiger Linksautonomer schätzte er auf etwa 3 500. Sie errichteten vor allem rund um den Hauptbahnhof immer wieder Straßenbarrikaden, setzten sie in Brand und griffen Polizisten mit Steinen und Stöcken an. Dutzende Autos wurden beschädigt, Scheiben von Häusern gingen zu Bruch.

In Plauen wurden Polizisten zudem von Neonazis attackiert. In Löbtau griffen rechte

---

Gewalttäter nahezu ungehindert ein alternatives Wohnprojekt an – in Sichtweite der Polizei, die nicht eingriff. Insgesamt nahm die Polizei 78 Tatverdächtige vorübergehend fest. Bislang liegen rund 60 Anzeigen wegen Körperverletzung,

Landfriedensbruchs und Sachbeschädigung vor. Die neu gegründete „Sonderkommission 19. Februar“ soll alle Straftaten rund um das Ereignis zentral ermitteln. Bereits am frühen Sonnabend hatte die Polizei begonnen, das linke und rechte Lager der Demonstranten konsequent zu trennen. Die Innenstadt wurde nahezu hermetisch abgeriegelt. Die Elbbrücken waren in Richtung Altstädter Seite gesperrt. Autos konnten nicht mehr durch zum Hauptbahnhof oder in Richtung Universität. Der öffentliche Nahverkehr kam zum Erliegen.

Auch Blockaden von Gegendemonstranten trugen dazu bei, dass nur bis zu 800 Rechtsextreme ihren Kundgebungsort am Hauptbahnhof erreichen konnten – 2 000 Rechte saßen außerhalb fest. Am Ende des Tages waren die Neonazis über eine Kundgebung nicht hinausgekommen. Nach 16 Uhr reisten rund 600 von ihnen, begleitet von Bundespolizei, weiter nach Leipzig. Dort durften sie den Bahnhof nicht verlassen, sondern mussten nach Hause fahren.

Für Empörung bei der Linkspartei und dem Bündnis „Dresden nazifrei“ sorgte eine Großrazzia in der Stadtgeschäftsstelle und einem Jugendhaus der Partei in Dresden-Pieschen.

---

## **Mutmache, Hetze und Durchfall**

*Von Christina Wittich*

Real brannten Barrikaden, virtuell lieferten sich Rechts wie Links Verbalgefechte im Online-Netzwerk Twitter. Unter dem Stichwort „#19februar“ organisierten sie sich, kommunizierten, veröffentlichten Bilder und Videos. Klar im Vorteil: die friedlichen Demonstranten, die Aktion „Dresden Nazifrei“ sowie die Antifa. Die propagandistische Begleitung der rechten Kundgebung lief überwiegend über einen offiziellen Twitterkanal, die Koordination der Rechten eher telefonisch. Wichtige Handynummern hatten die Nazis zuvor via Twitter aller Welt mitgeteilt.

Im Internet beschränkte Rechts sich aufs Hetzen, während Links meist um friedlichen Protest bemüht war. „Kundgebung auf der Marienbrücke war super. Bewegt euch bitte in Richtung Bhf. Mitte“, schreibt da die Aktion Dresden Nazifrei. Der thüringische Abgeordnete Bodo Ramelow entschuldigt sich: „Liege mit Fieber&iPhone&Laptop im Bett und lausche Coloradio!Mein Brechreiz&Durchfall hätte ich gerne den Nazis geschenkt!!“

Man bietet warme Plätzchen an, zeigt Routen, prahlt mit Promi-Nähe („Steh neben Thierse woohoo...Wasserwerfer aufgefahren“), berichtet allseits wachsende Aggression und fragwürdige Staatshüter-Aktionen: „Polizisten die Wasserwerfer bei Minusgraden einsetzen sind potentielle Mörder!“.

Dresdens Bürgersender coloradio meldet derweil „messerstecherei auf bahnstrecke vor bischofswerda durch nazis ist bestätigt“, verschweigt aber, wer da bestätigt

---

haben soll. Die Kunde verbreitet sich schnell, sorgt für heftige Empörung, womöglich Radikalisierung – und Schadenfreude. „In einem Zug nach Dresden (in Bischofswerda) zusammenstoße 4 verletzte Linke!“ frohlocken Rechte. Erst DNN Online klärt: Die Nazi-Messerstiche werden „von Bundespolizei NICHT bestätigt“. Ein Video aber, das den Überfall Rechte auf ein alternatives Dresdner Wohnprojekt samt tatenlos zusehender Polizei belegt, geht wenig später um die Welt.

---

### **Hier läuft alles aus dem Ruder**

*Von Annette Binninger, Nicole Preuß, Denni Klein, Marcus Krämer, Heinrich Löbbers, Tobias Winzer, Tobias Wolf und Ulrich Wolf*

### **Während mehrere Tausend Menschen auf der Nordseite des Hauptbahnhofs einen friedlichen Protest feiern, versinkt die Südvorstadt in einem beinahe anarchischem Chaos.**

Mehr als sechs Monate lang hat sich das Bündnis „Dresden Nazifrei“ auf diesen Moment vorbereitet, seine Pläne meist im Verborgenen entwickelt. Es ist kurz nach sieben Uhr am Sonnabend, als Felicitas S. erfährt, wo sie ihren Mercedes-Sprinter abholen soll: Das von einer Baumaschinenfirma gemietete Fahrzeug steht am Gewerkschaftshaus bereit, auf der Altstädter Seite. Damit ist klar: Der Plan der Polizei, die Elbe als Trennlinie zwischen Neonazis und ihren Gegnern zu etablieren, ist gescheitert, bevor die Proteste beginnen. Bereits um halb neun blockieren 500 Bündnis-Demonstranten die Marienbrücke, umstellt von 20 Polizeifahrzeugen. Der Pritschenwagen von Felicitas ist bepackt mit Lautsprechern, Getränken, Chipstüten, Knäckebrötchen, Stadtplänen und Teekesseln. Hubschrauber kreisen. Auf der Brücke steht einsam eine Bahn der Linie 10.

Derweil irren 30 Suhler durch den südlichen Stadtteil Leubnitz-Neuostra. Auffallend viele Ältere sind darunter. Mit roten Fahnen und Partei-Emblemen der Linken ziehen sie gen Innenstadt. Die Polizei hatte ihren Bus am Morgen an einem Parkplatz vor der Autobahnabfahrt Prohlis gestoppt und sie zum Aussteigen gezwungen. „Wir mussten zu Fuß weiterlaufen, sogar über eine Böschung klettern“, sagt einer. Eineinhalb Stunden sei er schon unterwegs. Ein Herr um die 60 empört sich: „Bisher war ich Demokrat, hier könnte ich glatt zum Terroristen werden.“

Von solchen Aussagen sind die Teilnehmer der Mahnwache von CDU und FDP an der Synagoge weit entfernt. Sie wundern sich, warum sie so wenige sind. Alle Elbbrücken sind dicht. Touristen streunen durch fast menschenleere Straßen. Die Glocke der Dreikönigskirche am anderen Elbufer schlägt elf Uhr. Zwölf Menschen stehen vor der Kirchentür, verteilen Andachtshefte. Christiane Hoßfeld balanciert ein Tablett mit Tassen und einen Wasserkocher. Rote Kerzen brennen. Die Mahnwache kann beginnen. Christiane Hoßfeld hat sich diesen Sonnabend extra freigehalten; sie arbeitet sonst als Krankenschwester. Einige neugierige Passanten nähern sich, erzählen, was sie eben noch im Internet gelesen haben. „Natürlich interessiert mich, was drüben passiert“, sagt Hoßfeld.

Drüben – das ist die Südvorstadt. „Hier läuft alles aus dem Ruder“, stellt ein Polizist fest. Er ist Gruppenleiter von Silke Bodmer, einer Bereitschaftspolizistin aus

---

Dortmund. Etwa 1000 Linksautonome strömen auf den Münchner Platz zu, versuchen Polizeisperren zu durchbrechen. Wasserwerfer drängen die Autonomen hier zurück. Doch die tauchen kurz darauf in noch größerer Zahl an der Bayreuther Straße wieder auf, formieren sich neu.

Die Polizei antwortet erneut mit Wasserwerfern, verschießt Tränengas, muss den Münchner Platz aber aufgeben. Die Linksradikalen stehen nun kurz vor dem Nürnberger Platz – in Sichtweite zur geplanten Kundgebung der Neonazis. Bodmers Hundertschaft hat den Befehl, diesen Platz mit aller Macht zu halten. „Wir lassen die auf gar keinen Fall durch“, sagt der Gruppenleiter.

### **Antifaschistische Loveparade**

Währenddessen feiern die friedlichen Nazi-Gegner an der Marienbrücke ihren eigenen Erfolg: Aus der Blockade wird eine Demonstration, angemeldet von zwei Thüringer Landtagsabgeordneten. Felicitas S. setzt sich ans Steuer ihres Pritschenwagens. „Straße frei“, rufen die Demonstranten. Samba-Trommler setzen sich an die Spitze, Reggae-Musik dröhnt. Ein Einheizer aus München ruft eine „antifaschistische Loveparade“ aus. In der Könnertitzstraße hängen Anti-Nazi-Plakate an Büros und Wohnhäusern. Zehn junge Tschechen haben als Anti-Nazi-Symbol den beliebten Trickfilm-Maulwurf auserkoren. Hunderte schließen sich an. „Es ist ärgerlich, mit den Kommunisten zu laufen, aber die sind immer noch harmloser als die Nazis“, sagt Gabriela Noack aus Großschachwitz. Der erste Stopp der Demo ist am Bahnhof-Mitte. Ein VW-Bus dient als „Teemobil“, ein gelb gestrichener Unimog als „Suppenküche“. Auf dem Bühnenwagen klimpert die Band „Kalter Kaffee“ aus Thüringen. DGB-Vizechefin Ines Kloppisch spricht, dann die Grünen-Politikerin Claudia Roth.

Bereitschaftspolizistin Silke Bodmer hat erstmals Pause, zieht sich in den Einsatzwagen zurück. Die Kälte ist der 26-Jährigen in die Glieder gekrochen. Seit rund vier Stunden ist sie draußen, bei Temperaturen von null Grad. Den Nürnberger Platz zu halten, um Rechtsradikalen einen Marsch zu ermöglichen – das ist ein Auftrag, bei dem sie leicht zum Feindbild wird. Silke Bodmer ist deshalb nicht ihr richtiger Name.

„Polizist möchte ich heute nicht sein“, sagt Christiane Hoßfeld. Fast immer sind mehr als zehn Leute an der Mahnwache vor der Dreikönigskirche. Die Blätter der Unterschriftenliste reichen nicht. Hoßfeld ist an der Reihe mit einem Gebet, das stündlich wiederholt wird. „Gott der Weisheit, lass uns wach sein für dein Gebot der Nächstenliebe. Lass uns hinter die Masken der sich bürgerfreundlich gebärdenden Ideologen schauen.“ Die Hände der 42-Jährigen zittern beim Gebet. „Meine Tochter ist eher enttäuscht, dass wir mit den Rechten gar nicht in Kontakt kommen werden“, sagt sie.

Die Rechten, sie kommen nicht so recht voran. Rund 700 von ihnen stehen in der Mittagszeit vor der Südseite des Hauptbahnhofs, bereit zum Marsch auf den Nürnberger Platz. Sie blicken auf die öde Bayerische Straße – und auf ein paar Hundert Polizisten.

---

Auf der anderen Seite des Bahnhofs steht Felicitas mit ihrem Pritschenwagen inmitten Tausender Menschen. Der Einheizer aus München hat zunehmend Spaß daran, die Demo mit dem Aufstand in Ägypten zu vergleichen. Um kurz vor zwei beginnt Konstantin Wecker mit einem „Blockadekonzert“. „Sage Nein gegen Nazis“, heißt sein erster Song. Eine agile Rothaarige lädt über Lautsprecher zu einem „Delegiertenplenium“ ein: „Unsere Freunde auf der Südseite müssen geschützt werden.“

### **Chaos Reichenbachstraße**

Diese Freunde schieben sich hundertfach in die Wiener Straße, entlang der Gleise in Richtung Zoo – als hätten sie ein Kommando erhalten. 25 Mannschaftswagen der Polizei ziehen der Masse entgegen. Die Beamten werden beschimpft. Irgendwo über Strehlen steigen Rauchwolken auf. Gegenüber der Total-Tankstelle brennt eine kleine Barrikade. Am Strehleener Platz toben sich Vermummte aus, kein Polizist ist zu sehen. Müllcontainer brennen, aus einem Baucontainer lodern Flammen. Flaschen fliegen. Ein Sicherungskasten ist aus der Verankerung gerissen, Kabel hängen heraus. Auch auf einem Sportplatz an der nahegelegenen Franklinstraße eskaliert die Lage. Polizisten blockieren Autonome, die näher heranwollen an die am Hauptbahnhof wartenden Nazis. Maskierte werfen Steine, schlagen auf etwa 15 Polizisten ein. Die rufen Verstärkung. Ein paar Minuten später sind rund 20 Polizeiwagen da. Der kleine „Brandherd“ wird gelöscht, bevor die Beamten zur nächsten Eskalation gerufen werden: die Reichenbachstraße.

Diese Straße zwischen orthodoxer Kirche und Universität ist ein Schlachtfeld. Der linksradikale Mob hat Pflastersteine aus den Gehwegen gerissen. Ein Dutzend Autos sind demoliert. Die Glasfront eines Bürohauses ist zerstört. Wasserwerfer der Polizei löschen drei brennende Barrikaden. Gepanzerte Räumfahrzeuge schieben Eisengitter weg, die quer über der Straße liegen. Die Anwohner sind geschockt. Einem Racheakt gleich, erstürmen derweil Rechtsradikale das linke Wohnprojekt „Die Praxis“ in Löbtau. Polizisten schauen deren animalischem Treiben tatenlos zu.

Auf Höhe der orthodoxen Kirche hat die Linken-Politikerin Katja Kipping eine Versammlung angemeldet. Die Polizei fordert etwa 500 Leute auf, die Kundgebung zu verlegen, damit die Neonazis über die breite Bundesstraße 170 ziehen können. Die meisten weigern sich, Kipping beendet die Versammlung. Die Polizei verlangt erneut, die Kreuzung freizumachen.

Die Demonstranten aber setzen sich hin, ganz vorn Politiker wie SPD-Mann Martin Dulig oder André Schollbach und Klaus Bartl von den Linken. Vor ihnen bauen sich Polizisten auf. Beobachter der Szenerie ist Sachsens Polizeipräsident Bernd Merbitz. Aus dem Nichts taucht ein radfahrender Christian Ströbele von den Grünen auf, wird mit Jubel empfangen.

Die Lage droht zu eskalieren, als die Polizisten plötzlich abrücken: zurück aufs Schlachtfeld Reichenbachstraße. Die Räumung wird abgeblasen; es sind offensichtlich zu wenige Ordnungskräfte im Einsatz. Die Blockade an der orthodoxen

---



Kirche trägt mit dazu bei, dass der Marsch der Rechten letztendlich scheitern wird.

Die warten am Nachmittag noch immer am Hintereingang des Hauptbahnhofs. Erstaunlich geduldig und wenig gereizt. Zwischendurch rufen sie immer mal wieder „frei sozial und national“ oder „Nationaler Sozialismus – jetzt“. Gegen halb vier taucht dort Sachsens Innenminister Markus Ulbig auf. „Wer Gewalt ausübt und Barrikaden errichtet, der hat eine Grenze überschritten“, sagt er.

## **Weckers Philosophie**

Liedermacher Konstantin Wecker sieht das nicht so: „Wir dürfen den Antifaschismus nicht nur dem Staat überlassen. Deshalb will ich bei friedlichen Blockaden mitmischen.“ In seinen Liedern spornt er zum Widerstand an. An der Nordseite des Hauptbahnhofs hat er dafür nur drei Songs lang Zeit, dann brechen die nun gut 6000 Demonstranten zum nächsten Ziel auf, der Schweizer Straße auf der anderen Seite der Bahngleise.

Vorweg laufen Wecker, Grünen-Chefin Roth und Linkspartei-Chef Klaus Ernst. Felicitas und ihr Pritschenwagen sind wieder mit dabei. Die Polizei stoppt den Tross auf der Brücke der Budapester Straße. Auf der anderen Seite haben die Einsatzkräfte alle Hände voll zu tun, um Neonazis vor Übergriffen linksautonomer Gewalttäter zu schützen. Plötzlich ertönen Sprechchöre. „Gebt die Straße frei“ und „Deutsche Polizisten, schützen die Faschisten“.

Der Druck auf die Absperrung wächst. Polizisten schieben die Menschen mit Gewalt zurück. Nach etwa 20 Minuten beruhigt sich die Lage. Wecker singt wieder, die Stimmung ist ausgelassen, die Brücke wird für gut zwei Stunden zur Partymeile. Es dunkelt schon, als sich die Demo auflöst. Felicitas fährt ihren Pritschenwagen zurück. Sie hat 500 Tees verteilt – aber nicht einen Nazi gesehen. „Zum Glück“, sagt die 22-Jährige.

Christiane Hoßfeld betet an der Dreikönigskirche um 17 Uhr zum letzten Mal. Die Liederhefte reichen jetzt wieder für jeden. An der Kirche laufen Demonstranten vorbei, die nach Hause gehen. Hoßfeld beginnt mit dem Aufräumen, nimmt das Tablett mit den Tassen. „Insgesamt war es doch gut.“

Dem werden die Nazis kaum zustimmen. Sie kommen vom Hauptbahnhof nicht weg. „Wir stehen hier seit elf Uhr, ihr Idioten!“, brüllt einer mit breiten Schultern und schwarzer Mütze. Ein anderer zeigt den Hitlergruß. Viele ertränken ihren Frust mit Bier. Die Disziplin der Kameraden bröckelt.

Zur Kaffeezeit drängt die Polizei die Gestalten zu den Bahnsteigen. Noch einmal hallen ihre Parolen durch den Bahnhof, es kommt zu Rangeleien. Zwei koreanische Touristen drängen sich verängstigt in eine Ecke. Etwa 400 Neonazis besteigen schließlich einen Intercity um 16.23 Uhr in Richtung Leipzig, andere die S-Bahn nach Tharandt. Erst als die meisten in den Zügen sitzen, löst die Polizei die Kette auf. Nun endet auch der Einsatz der Bereitschaftspolizistin Silke Bodmer. Von Dresden hat sie wenig Schönes gesehen.

---

## **Plauens düsterer Abend**

Auch Plauen nicht, wo der Aussichtspunkt am Hohen Stein tolle Blicke ins Tal der Weißeritz erlaubt. Der Stadtteil im Süden erlebt aber am frühen Abend den größten Polizei-Einsatz seiner Geschichte. Auf dem F.-C.-Weiskopf-Platz harren 1000 Rechtsextremisten aus. Sie waren mit Bussen vor allem aus Süddeutschland angereist. 2000 Gegendemonstranten versuchen, von der Chemnitzer Straße aus zu ihnen durchdringen. Dazwischen steht die Polizei. Autonome weichen den Sperren aus, über Hinterhöfe und durch Vorgärten. Die bislang ruhige Stimmung unter den Neonazis schlägt in Aggressivität um. Ein Teil von ihnen ist wieder in die Busse gestiegen, doch etwa 100 besetzen die Kreuzung am Plauenschen Ring, skandieren rechte Parolen. Auf wenigen Metern Straße ziehen sie fahnschwenkend hin und her. Kurz nach 18 Uhr ziehen die Gegendemonstranten ab. Die Polizei eskortiert die Rechten im Laufschrift zum Bahnhofsteil Plauen. Vier Mal muss sie den rechten Trupp auffordern, bis dieser endlich zu den Gleisen geht und die S-Bahn besteigt. Die letzten Busse warten in Freital und Tharandt.

Die Heimfahrt der Kameraden nach Bayern und Franken wird Stunden dauern. Felicitas S., Christiane Hoßfeld und Silke Bodmer liegen da schon längst in den Federn.

---

## **Dresden zwischen Stille und Straßenschlacht**

*Von Juliane Richter und Denni Klein*

Die Polizei spricht von einem bisher nicht gekannten Ausmaß von Gewalt – von Rechts- und Linksextremisten. Verletzte, enorme Sachschäden und Bilder der Verwüstung prägten Plauen und die Südvorstadt. Die Stadtviertel sind Schauplatz von heftigen Krawallen geworden, noch schlimmer als von der Polizei im Vorfeld angenommen.

Allein die vorab geäußerten Befürchtungen reichten offensichtlich, um die Dresdner zu Tausenden abzuschrecken. Es bot sich ein gespenstisches Bild einer fast menschenleeren Innenstadt. Leider auch bei den 54 meist eher schlecht besuchten Mahnwachen. Dazu trugen die Sperrungen von Brücken und Straßen im Stadtzentrum bei.

Viele Dresdner wurden zu stillen, entsetzten Beobachtern. So konnte man zahlreiche Menschen auf Balkons und hinter Gardinen sehen, die das teils brutale Treiben von Rechts- und Linksextremen gegen eine offensichtlich unterbesetzte Polizei verfolgten. So mancher fragte auch, wo denn die zentrale Gegendemonstration stattfindet. Doch die gab es nicht. Die SZ zeigt die Bilder eines Tages zwischen Stille und Straßenschlacht.

---

## **Dresden muss so etwas aushalten**

*Dieter Schütz über friedliche und gewaltsame Proteste am Wochenende*

Das waren keine schönen Fernsehbilder, die am Wochenende von Dresden aus bundesweit in die deutschen Wohnzimmer ausgestrahlt wurden: Linke Chaoten setzten Barrikaden in Brand, Rechtsextreme grölten deutschnationale Parolen und griffen ebenfalls Polizisten an. Dresden befand sich im Ausnahmezustand.

Doch die Krawallszenen werden dem Charakter des Wochenendes nicht gerecht. Denn der weitaus überwiegende Teil der Proteste gegen Rechts – einschließlich der strafrechtlich fragwürdigen Blockadeaktionen – verlief friedlich. Wenn es die Gewalt linker Autonome nicht gegeben hätte, könnte man sogar von einem Erfolg sprechen, weil der Marsch der Neonazis durch die Stadt verhindert werden konnte.

Muss eine Gesellschaft solche Auseinandersetzungen wie in Dresden aushalten? Ja, das muss sie. Die Demonstrationsfreiheit ist für eine demokratische Gesellschaft elementar. Dieses Grundrecht darf man sich nicht von rechten oder linken Extremisten kaputt machen lassen.

Eine andere Frage ist, wie man sich den Neonazi-Aufmärschen entgegenstellt. Am Wochenende zuvor zum Jahrestag des Bombenangriffs auf Dresden war es mit einer Menschenkette gelungen, ein klares und eindeutig friedliches Zeichen zu setzen. Am vergangenen Sonnabend fehlte ein zentraler Anlaufpunkt, der die Proteste gegen Rechts aus den unterschiedlichen politischen Lagern gebündelt hätte. Wer sich an keiner Blockadeaktion beteiligen wollte, wem die Mahnwachen vor Kirchen und der Synagoge aber zu wenig waren, der kam sich diesmal ziemlich verloren vor. Aber aus solchen Fehlern kann man lernen.

---

## **Es braucht einen zentralen Protest**

### **Denni Klein zum Streit um den Nazi-Marsch und den Protest dagegen**

Die Stadt ist mit ihren deutlichen Auflagen für die Neonazi-Aufmärsche vor Gericht heftig gescheitert. Die einen sagen: Das Ordnungsamt habe dilettantisch gearbeitet, die anderen vermuten einen genialen Schachzug, der von vornherein auf die Südvorstadt als zentralen und recht gut kontrollierbaren Ort für die Nazi-Demos abzielte.

Fakt ist am späten Freitagabend nur zweierlei. Erstens: In Dresden herrscht so oder so an diesem Sonnabend Ausnahmezustand. Warum? Weil 4000 Rechte, 20000 friedliche Blockierer und bis zu 3000 weitere gewaltbereite Linksautonome in der Stadt unterwegs sein werden. Diesen knapp 30000 Menschen stehen etwa 4000 Polizisten gegenüber. Eine echte Herausforderung, hier Krawalle, Straßenschlachten und eine Gefahr für Leib und Leben abzuwehren. Dem juristischen Laien erscheint – mit gesundem Menschenverstand betrachtet – die Polizei mit dieser Personalstärke in Nöten, was ein flaes Gefühl hinterlässt. Umso schwerer ist nachzuvollziehen, dass die Verwaltungsrichter dieses Kräfte-Ungleichgewicht nicht erkennen können. Dieser Sonnabend wird zeigen, ob der zweifellos wichtige Schutz des Grundrechts auf Versammlungsfreiheit am Ende auf Kosten der Sicherheit geht. Das werden wir alle am Sonntag wissen.

---

Schon vorab ist aber eines ganz deutlich: Es fehlt eine zentrale, friedliche, überparteiliche Demonstration, der sich jene anschließen können, die rechtsextremes Gedankengut ablehnen, aber nicht blockieren wollen. Das demokratische Dresden hat es versäumt, seit dem erfolgreichen Widerstand gegen Nazis 2010 eine solche Strategie zu entwickeln. Dafür braucht es eine breit akzeptierte Leitfigur, etwa einen Künstler vom Format eines Wolfgang Stumph, hinter dem sich diese Menschen gern einreihen, ohne Angst vor politischer Instrumentalisierung, ohne Angst vor Gewalt. Ich stelle mir 50000 oder 100000 Dresdner vor, die ins Zentrum ihrer Stadt gehen und zusammen sagen: Nazis sind hier nicht willkommen.

---

## **Der lange Streit um den Neonazi-Marsch**

*Von Denni Klein und Alexander Schneider*

Erst am Sonnabendmorgen steht endgültig fest, wo die Nazis demonstrieren. Das Verbot des Marsches hob ein Gericht wieder auf. Eine Einigung scheiterte. Rund 4000 Rechtsextremisten werden am Sonnabend in Dresden demonstrieren. Wie und wo war bis Redaktionsschluss unklar, weil sich Stadt und Rechtsextreme noch vor Gericht streiten.

Fest steht bisher: Die Wohngebiete südlich des Hauptbahnhofs werden weiträumig abgesperrt. Zwischen Hauptbahnhof, Budapester Straße und Nossener Brücke, der Nöthnitzer Straße, dem Wasa- und dem Strehleener Platz sollen von 11 bis 17 Uhr drei rechte Kundgebungen stattfinden. In dem Gebiet sollen die Neonazis aber nicht marschieren dürfen. Das entschied die städtische Versammlungsbehörde am späten Freitagabend. Eine rechte Gruppierung akzeptierte die Entscheidung. Die beiden anderen nicht. Sie kündigten an, notfalls alle juristischen Instanzen zu durchlaufen. Eine der Gruppen will nach SZ-Informationen an einem zentralen Platz, offenbar dem Postplatz, eine Kundgebung durchsetzen. Die zweite Gruppierung will marschieren. Deren ursprüngliches Ziel war nach SZ-Informationen ein Marsch von Gorbitz nach Cotta. Bis voraussichtlich 9 Uhr sollen die Gerichte entschieden haben, was die beiden Neonazi-Gruppen letztlich dürfen und was nicht. Auch die Genehmigung des Marsches in Cotta und der Kundgebung im Zentrum sind denkbar.

Ursprünglich hatte die Stadt den drei rechten Gruppen nur eine gemeinsame Kundgebung in Cotta ohne Marsch genehmigt. Doch das Dresdner Verwaltungsgericht hob das Zusammenlegen der drei Demonstrationen und das Marschverbot am Freitagmorgen mit deutlichen Worten auf. „Demonstrationen und Kundgebungen verschiedener Anmelder dürfen nicht zu einer gemeinsamen Veranstaltung zusammengefasst werden“, heißt es im Urteil. Die Richter halten die Bescheide der Stadt für „offensichtlich rechtswidrig“. Die auferlegte „gemeinsame Kundgebung“ sei nicht vom Versammlungsgesetz gedeckt und widerspreche bereits im Ansatz den Grundgedanken des Verfassungsgebers. Den unterschiedlichen Veranstaltern könne auch nicht per Auflage ein anderer Versammlungsleiter vorgeschrieben werden. Es stehe der Stadt nicht zu, in dieser Weise in die Organisation und Leitung einer Versammlung einzugreifen, heißt es in der Entscheidung.

---

Für die Richter geht von den Neonazis keine Gefahr für die öffentliche Sicherheit aus. Vielmehr von den Gegendemonstranten. „Behördliche Maßnahmen müssten sich primär gegen Gegendemonstranten richten“, erklärten die Richter. Die Versammlungsbehörde müsse das mit der Polizei entwickelte Trennungskonzept, das vom Gericht bisher akzeptiert worden sei, konsequent durchsetzen. Daran bestünden indes Zweifel, da die Stadt Gegendemonstrationen auch auf der Altstädter Elbseite zulasse. Mit anderen Worten: Wenn die Stadt auf der Altstädter Seite neben den Nazis auch noch weitere Veranstaltungen dulden kann, hat die Polizei wohl kein Personalproblem. Das Gericht wiederholte seine Feststellung, dass sich die Behörde nicht auf einen selbst geschaffenen Notstand berufen könne.

Die Reaktion auf das Urteil kam prompt: Noch am Freitagmittag schickte das Rathaus daraufhin neue Bescheide an verschiedene Anmelder: So wurde etwa die Mahnwache des DGB vom Schützenhaus zum Goldenen Reiter verlegt. Auch die Veranstaltung der TU Dresden „Unser Campus“ war betroffen. Während der DGB eine Klage beim Verwaltungsgericht ankündigte, sagte die Uni-Leitung ihr Programm komplett ab. Nicht betroffen von städtischen Auflagen waren die Mahnwachen in den Kirchen sowie die Veranstaltung von CDU und FDP an der Synagoge.

Die Versammlungsbehörde versuchte mit den drei rechten Anmeldern eine Einigung zu erzielen, um einen erneuten Weg durch die Instanzen zu vermeiden – erfolglos. Nun müssen also erneut die Richter entscheiden.

Das Bündnis „Dresden nazifrei“ kündigte am Freitag an, ab 8.30 Uhr die Marienbrücke zu blockieren. Auch Blockaden der Autobahnen seien vorstellbar, um Nazi-Aufmärsche zu verhindern, schreibt das Bündnis im Internet. Die Polizei hat eine strikte Trennung der Lager angekündigt. Bis zu 20000 Menschen werden heute in Dresden erwartet, die gegen die Nazis demonstrieren wollen – wo und wie auch immer.

---

## **Sachsens Innenminister verteidigt die Polizei**

*Von Lars Rischke*

**Dresden.** Nach den schweren Krawallen in Dresden hat der sächsische Innenminister Markus Ulbig Vorwürfe gegen die Polizei zurückgewiesen. „Die Beamten standen vor großen Herausforderungen, die sie hervorragend gemeistert haben“, sagte der CDU-Politiker am Montag der Nachrichtenagentur ddpd. Harsche Kritik kam von der SPD im Landtag, die eine Sondersitzung des Innenausschusses beantragte. Wegen der Ausschreitungen am Wochenende bildet die Polizei nun eine 20-köpfige Sonderkommission "19. Februar", die am Dienstag ihre Arbeit aufnehmen soll.

In Dresden hatten am Sonnabend mehr als 12.000 Menschen einen geplanten Neonazi-Aufmarsch verhindert. Unter den Teilnehmern waren auch mehrere Landtagsabgeordnete sowie Bundestags-Vizepräsident Wolfgang Thierse (SPD). Überschattet wurden die friedlichen Proteste von Attacken zahlreicher gewaltbereiter Linksextremisten und Neonazis gegen die Polizei. Insgesamt wurden bei den

---

Straßenschlachten 82 Polizisten verletzt, sieben davon schwer.

## **Dutzende Anzeigen**

Nach Polizeiangaben liegen derzeit mehr als 60 Strafanzeigen unter anderem wegen Landfriedensbruchs, gefährlicher Körperverletzung und Sachbeschädigung vor. Zudem gibt es in 200 Fällen Anzeigen wegen Verstößen gegen das Versammlungsgesetz.

Ulbig betonte, die Polizei habe versucht, eine strikte Trennung zwischen linken und rechten Gruppierungen umzusetzen. Erschwert worden sei die Situation aber durch die Entscheidung der Gerichte, gleichzeitig mehrere Neonazi-Aufzüge zuzulassen. Er sprach zugleich von einer neuen Qualität der Gewalt. Es habe sich gezeigt, dass es einer großen Gruppe allein darum gehe, unter dem Deckmantel des Versammlungsrechts Gewalt auszuüben.

SPD-Fraktionschef Martin Dulig warf der Stadt Dresden, dem Freistaat und der Polizei dagegen „Totalversagen auf ganzer Linie“ vor. Sie hätten die Herausforderungen nicht ansatzweise im Griff gehabt. Er frage sich auch, warum nicht der polizeiliche Notstand ausgerufen worden sei. Die Krawalle sollen nach dem Willen der SPD nun im Landtags-Innenausschuss thematisiert werden. (dapd)

---

## **Linke kritisiert Polizeieinsatz bei Neonazi-Demo**

*Die Partei erwägt nach einer Razzia der Polizei in ihrer Dresdner Geschäftsstelle nun rechtliche Schritte.*

**Dresden/Leipzig.** Die Linkspartei hat den Polizeieinsatz bei der Dresdner Neonazi-Demo kritisiert. Die Polizei sei überfordert gewesen und habe oft unglücklich agiert, sagte die stellvertretende Bundesvorsitzende der Linken, Katja Kipping, am Sonntag. Eine Geschäftsstelle der Partei in Dresden sei erstürmt und Anwesende festgesetzt worden. Die Sicherheitsbehörden äußerten sich dazu zunächst nicht. Mit stundenlangen Protesten und teilweise gewaltsamen Blockaden hatten am Samstag tausende Menschen in Dresden erneut einen genehmigten Aufmarsch von Rechtsextremen verhindert. Dabei war es zeitweise auch zu heftigen Krawallen gekommen.

In der durchsuchten Stadtzentrale der Dresdner Linken befinden sich auch Räume der Initiative „Dresden Nazifrei“. Sie hatte den teilweise gewaltsamen Protest gegen die Demonstration der Rechtsextremen mitorganisiert. Die Linke prüfe nun rechtliche Schritte gegen die Durchsuchung der Räume, sagte Kipping. „Friedliche Blockaden gegen Nazis müssen möglich sein. Die Richter tragen eine Mitschuld an der Eskalation.“ Das Verwaltungsgericht hatte einem der drei rechtsextremen Veranstalter eine Demonstration genehmigt.

In der sächsischen Landeshauptstadt wurden nach einer ersten Bilanz 50 der 4.500 eingesetzten Polizisten verletzt. Mehr als 50 Demonstranten wurden in Gewahrsam genommen. Rund um den Dresdner Hauptbahnhof eskalierte die Lage am Samstag

---

zeitweise. Es flogen Pflastersteine, Feuerwerkskörper und Flaschen. Die Polizei reagierte mit Schlagstöcken, Reizgas und Wasserwerfern. Sie wollte sich dazu am Sonntag in einer Pressekonferenz äußern.

Nach dem Ende der Proteste in Dresden waren rund 500 Neonazis waren mit dem Zug nach Leipzig gefahren. Am Leipziger Hauptbahnhof untersagte ihnen allerdings Leipzigs Polizeipräsident Horst Wawrzynski als Einsatzleiter eine kurzfristig angemeldete Demonstration. Die Versammlung sei kontrolliert aufgelöst worden, hieß es. Dabei gab es am Abend mehrere Sachbeschädigungen. Die Situation in Leipzig sei aber nicht mit der in Dresden vergleichbar gewesen. In der Nacht verhinderte die Polizei verhinderte nach eigenen Angaben durch ein massives Aufgebot von Beamten weitere Krawalle zwischen Links- und Rechtsextremen. (dpa)

---

### **Kein Platz für Nazis in Dresden**

*In Dresden haben am Samstag erneut tausende Menschen einen Aufmarsch von Neonazis verhindert. Der Protest war aber von massiver Gewalt überschattet: Pflastersteine und Eisenstangen flogen. Mindestens 82 Polizisten wurden verletzt.*

Dresden wird für Neonazis zunehmend ein ungemütliches Pflaster. Nachdem bereits am 13. Februar 17.000 Frauen und Männer aus Protest gegen die Rechtsextremen eine Menschenkette bildeten und noch einmal Tausende einen Rechten-Aufmarsch nur auf verkürzter Route zuließen, gelang auch die genehmigte Neuauflage am Samstag nicht. Die massenhafte Präsenz von Gegendemonstranten stellte die Neonazis ins Abseits. Ihre gewünschte Marschrouten jenseits des Stadtzentrums wurde auch von zahlreichen Politikern blockiert. „Diese Stadt hat Nazis satt“ - immer wieder erklang der Schlachtruf.

### **Erschütternde Brutalität**

Am Rande der Demonstration kam es aber zu schweren Krawallen. Die Polizei zeigte sich am Sonntag erschüttert von der Brutalität, mit der Rechts- und Linksextreme Polizisten angriffen. Zeitweise flogen Pflastersteine und Eisenstangen, Barrikaden gingen in Flammen auf. Mindestens 82 Polizisten wurden verletzt, sieben davon schwer. Nach den massiven Ausschreitungen kamen 78 Menschen in Gewahrsam. Der Polizei zufolge liegen mehr als 60 Strafanzeigen vor, unter anderem wegen Körperverletzung und Sachbeschädigung.

Für die Rechtsextremen wurde der Samstag zum Reinfall. Denn sie erlebten ihn genau so wie schon den 13. Februar 2010 in Dresden, als sie den Jahrestag des Gedenkens an die Zerstörung der Stadt 1945 für ihre Zwecke vereinnahmen wollten. Auch dieses Mal war wieder stundenlanges Warten bei klirrender Kälte angesagt, auch dieses Mal gab es keinen Meter Raumgewinn - die Versammlung trat praktisch auf der Stelle. Trotz starker Polizeipräsenz gelang es hunderten Gegnern der Neonazis, auf die geplante Marschstrecke vorzudringen und sich dort festzusetzen.

### **Weniger Neonazis als angekündigt**

Zur Schlappe der Neonazis gehörte auch, dass viel weniger von ihnen nach Dresden kamen als noch im Vorjahr. Damals reisten rund 6.000 an. Am Samstag taxierte die Polizei die Menge lange Zeit auf mehrere Hundert. Am Sonntag sprach Dresdens Polizeipräsident Dieter Hanitsch aber von etwa 3.000 Rechtsextremen. Sie waren an mehreren Stellen im Stadtgebiet zerstreut. Die rechtsextreme NPD, die seit 2004 im sächsischen Landtag sitzt, dürfte von der eigenen Basis nun Druck bekommen. Sie trat in Dresden zwar nicht offiziell als Veranstalter der Kundgebungen auf, zog aber im Hintergrund die Strippen. Nach der verhinderten Demonstration vom Vorjahr stand sie unter besonderem Erfolgsdruck.

In die Freude über den verhinderten Aufmarsch mischt sich der Schock über die Gewaltexzesse am Rande der Demonstration. Landespolizeipräsident Bernd Merbitz trug am Samstagabend einen Pflasterstein als Beweisstücke in seiner Tasche: „Auch das gehört zu diesem Tag. Es kann nicht sein, dass unsere Polizisten als Beschützer der Faschisten verunglimpft werden.“ Tatsächlich richtete sich die Wut einzelner Chaoten an diesem Tag gegen die Beamten, die aus vielen Bundesländern angereist waren. Gleich an mehreren Stellen im Stadtgebiet südlich des Hauptbahnhofes brannten Barrikaden, Fenster eines Bürogebäudes und Autoscheiben gingen zu Bruch. Eine Kreuzung war mit Steinen übersät.

### **Wolfgang Thierse sorgt für Wirbel**

Polizeipräsident Hanitsch zeigte sich am Sonntag fassungslos: „Die massiven gewalttätigen Angriffe auf Polizeibeamte sind nicht hinnehmbar. Dass 82 Polizeibeamte zum Teil schwer verletzt wurden, erschüttert mich zutiefst.“ Auch Hanitsch sieht nun die Justiz in der Pflicht. Die Gesetzgebung zum Versammlungsrecht stimme derzeit nicht mehr mit der Lebenswirklichkeit überein. Bundestagsvizepräsident Wolfgang Thierse (SPD) betonte jedoch: „Ich halte es für wichtig, dass wir Demokraten innerhalb und außerhalb Dresdens den Neonazis nicht kommentarlos die Straßen und Plätze überlassen.“ Zugleich kritisierte Thierse die Entscheidungen der Stadtverwaltung, drei Neonazi-Demonstrationen an einem Tag zu genehmigen, dagegen aber die Rechte demokratischer Demonstranten einzuschränken. Das sei ein Modell „sächsischer Demokratie“, erklärte Thierse am Samstag. Sachsens Landesregierung kündigte am Sonntag ein parlamentarisches Nachspiel an. (dpa/dapd)

---

### **Prominente Künstler rufen zu Zivilcourage auf**

*Alle Bürger sollen einen friedlichen Protest gegen die Rechten unterstützen.*

Dresden. Dresdner Künstler haben die Bürger von Sachsens Landeshauptstadt zum Widerstand gegen den geplanten Neonazi-Aufmarsch am Sonnabend aufgerufen. „Gehen Sie in die Stadt! Zeigen Sie Ihr Gesicht, bringen Sie Ihre Stimme ein in den Chor der Wehrhaften!“, heißt es in einem am Freitag veröffentlichten Offenen Brief. Mit einem gemeinsamen Spaziergang couragierter Bürger sollten die unterstützt werden, die friedlich und gewaltfrei ihren Protest sichtbar machen. Es gehe um ein „deutliches Zeichen der Bürgerschaft gegen diesen Aufmarsch“. Den Rechtsextremen dürfe nicht das Feld überlassen werden.

---



Das Papier trägt die Unterschriften von 34 Künstlern oder in der Kultur Tätigen. Darunter sind Schriftsteller Uwe Tellkamp, die Schauspieler Rolf Hoppe („Mephisto“) und Christian Friedel („Das weiße Band“), die Mitglieder der Band Polarkreis 18, Semperoper-Intendantin Ulrike Hessler, Architekt Peter Kulka und Prinzen-Sänger Sebastian Krumbiegel. (dpa)

---

## **Die Schöne und der Widerstand**

*Von Ulrich Wolf*

*Die 22-jährige Felicitas S. engagiert sich im Bündnis „Dresden Nazifrei“. Dort geht es chaotisch zu. Chaoten aber sind es nicht.*

Lässig lehnt Felicitas an der Fassade vom „Haus der Begegnung“ in Dresden-Pieschen. Über ihr hängt die Leuchtschrift mit dem Namen des Gasthofs: „Zeitgeist“. Das Bündnis „Dresden Nazifrei“ hat zum Blockadetraining geladen. Es geht um Tipps und Tricks, wie Demonstranten dem geplanten Neonazi-Aufmarsch am heutigen Sonnabend die Straße streitig machen können. „Massenhafter ziviler Ungehorsam“ nennt Felicitas das.

Der Gasthof, der bis 1945 „Deutsches Haus“ hieß und in dem die NSDAP ein „Gefolgschaftslager“ betrieb, ist inzwischen eine Begegnungsstätte der Partei „Die Linke“. Sie gehört dem Bündnis ebenso an wie Grüne, Gewerkschaftsjugend, Studentenräte, Jusos, Künstler oder die Globalisierungskritiker von Attac. Im Saal ist ein Flip-Chart aufgebaut, an der mit schwarzen Flanelltüchern verhängten Decke sind Scheinwerfer montiert. Junge Leute wie Felicitas tröpfeln ein. Sie tragen bunte Rucksäcke und Pullover, mit Buttons übersäte Umhängetaschen, Turnschuhe, Camel-Boots, Jeans, weite Jacken. Ein kräftig gebauter Endzwanziger mit Kurzhaarschnitt stellt sich als Trainer vor. Er erklärt, dass Wasser wichtig ist, etwa zum Ausspülen von Pfefferspray. Er stimmt die übenden Blockierer auf Probleme mit der Polizei ein. Die sei angewiesen, genehmigte Demonstrationen zu schützen, und mache auch bei Neonazis keine Ausnahme. Er verweist auf die Telefonnummer des bündniseigenen „Ermittlungsausschusses“, bei dem die Namen und Vorwürfe von Festgenommenen gemeldet werden sollen.

### Blockiererin in der Probezeit

Für die 22-jährige Felicitas ist all das neu. Zwar ging sie schon mit 14 auf ihre erste Demo, geprägt durch politisch und kirchlich engagierte Großeltern und Eltern. Das war in Bitterfeld, wo sie aufgewachsen ist. Dort drohte dem Alternativen Kulturkraftwerk die Schließung. Zwischen dessen Besuchern und der rechtsradikalen „Bruderschaft Bitterfeld“ hatte es mehrfach Krawalle gegeben. Doch radikal ist Felicitas dadurch nicht geworden.

Eher schüchtern wirkt sie. Wie der Gegenentwurf zu einer anarchistischen Krawallbraut. Den „Schwarzen Block“ – überwiegend in Schwarz gekleidete und vermummte, oft gewaltbereite Autonome aus Großstädten – kennt Felicitas nicht. „Nee“, sagt sie. „Mit denen will ich nichts zu tun haben.“

---

Ihre Entschlossenheit sieht anders aus. Sie verschränkt die Arme. „Die Nazis und ihre Aufmärsche müssen blockiert werden. Nur so geben die auf“, sagt sie. Das habe sich bei Protesten in Jena und Leipzig gezeigt. Dann stockt sie. „Zumindest ist mir das so erzählt worden. Ich war noch nie blockieren.“ Am heutigen Sonnabend ist ihre Premiere – „falls ich überhaupt durchkomme zu den Nazis“. Die Polizei will die Lager mit rund 6600 Beamten strikt trennen. Sie rechnet mit etwa 4000 Rechtsextremen aus Deutschland und dem Ausland. Ihnen sollen etwa 3000 Linksautonome gegenüberstehen. Zudem werden bis zu 20000 Gegendemonstranten aus allen Teilen Deutschlands erwartet.

Felicitas hofft, am Sonnabend mittendrin zu sein. Als eine von vielen. Im Beruf hingegen steht sie im Rampenlicht. Nach einer Lehre zur Kinderpflegerin besuchte sie die private Film- und Schauspieltheaterschule „Art of Acting“ in Berlin. Nach kleineren Rollen in Kurzfilmen kam sie im Sommer vorigen Jahres nach Dresden, spielte 42-mal eine Matrosin im Stück „Der Fliehende Holländer“ beim Sommertheater des Clubs Bärenzwinger. Bis Ende Januar folgte eine Rolle in dem Zwei-Personen-Stück „Venus in der Probezeit“ für die Dresdner Kammerspiele. Seitdem lebt sie von ihren Ersparnissen und einem „Nebenjob an der Tanke“.

Das Zubrot ist seit Freitag passé. Für ihren Protest gegen die Nazis hat Felicitas den Job an den Nagel gehängt. „Normalerweise hätte ich am Wochenende Dienst gehabt. Jetzt muss der Chef selbst ran. Das hat Stress gegeben, und ich habe die Konsequenzen gezogen und gekündigt.“ Mangelnde Entschlusskraft ist der jungen Frau nicht vorzuwerfen. „Ich finde was Neues“, sagt sie. Hartz IV komme jedenfalls nicht infrage. „Das ist entwürdigend. Eher gehe ich putzen.“

Eine Verwandte in Dresden hatte die Jungschauspielerin mit dem Bündnis „Nazifrei“ in Kontakt gebracht. Zuerst packte Felicitas wöchentlich mehr als 40 Stunden Pakete mit Info-Material. Dann bastelte sie Flugblätter, Spendendosen und Transparente, arbeitete in der Organisation als Springer mit, mal hier, mal dort. Sie sammelte Mayonnaise-Eimer aus Döner-Buden, die bei den Protesten am 13. Februar zum Transport von Tee-Wasser dienten. Sie verteilte Nazifrei-Bierdeckel in der Neustadt, warb für den Verkauf von Bündnis-Buttons in Kinos und Cafés. Sie klebte Plakate und schob Telefondienst.

Die Zentrale für all das ist eine Adresse am Bischofsplatz. Die Grünen haben dort dem Bündnis Räume überlassen. Inmitten des Eingangs thront ein braun-furnierter Sperrholz-Kunststoff-Schreibtisch, mit Plakaten beklebt. Darauf stehen ein Flachbildschirm, eine kümmerliche Erika-Pflanze und ein Telefon, das nicht klingelt, aber unentwegt fast lautlos summt, wenn jemand anruft. „Hallo, hier ist das Bündnis ‚Dresden-Nazifrei‘, meldet sich Felicitas. „Wo kommt ihr her? ... Ach, ihr kommt morgen schon? Das ist schön, dass ihr dabei seid. Wir freuen uns. Braucht ihr noch Betten? ... Ja, im Internet findet ihr unter ‚Anreise‘ den Button ‚Bettenbörse‘. Da steht eine Adresse, und da geht ihr hin und kriegt ein Bett. ... Bis Sonntag, ja. Kein Problem. Es sind noch genügend Betten frei.“

Die meisten Anrufer wollen wissen, wohin sie gehen sollen an diesem Sonnabend.

---

Bei der Antwort muss auch Felicitas passen. Klar ist nur, dass alle in der Bündnis-Zentrale noch nicht wissen, wo sie wen und wann blockieren werden.

Nebenan tagt gerade die Presse-AG, obwohl dort schon seit einer halben Stunde die Kultur-AG sitzen sollte. Zu der gehört Felicitas, nebst vier weiteren Leuten: eine junge Frau mit Pferdeschwanz, eine mit braun-roten Haaren und Piercing in der Lippe, ein kräftiger Kerl mit einem fast einen Meter langen, gebundenen Haarzopf und ein älterer Herr mit grauem Vollbart und Filzjacke. Alle haben Laptops. Mal besprechen die fünf gemeinsam, wie Mobiltelefone verteilt werden sollen, mal konferieren sie einzeln. Mindestens zehn Künstler-Fahrzeuge müssen delegiert werden. „Mobile Soundsystems“ sind unterzubringen, und auch die vier Samba-Gruppen mit rund 100 Leuten. „Die Jenaer kommen, die Hedonisten auch“, stellte der Zopfträger befriedigt fest. Zur „Hedonistischen Internationalen“ haben sich Bands mit obskuren Namen wie „Por.no“, „Zeitgeist.Kollektiv“ oder „The Incredible Herrengedeck“ zusammengeschlossen. Sie eint das Ziel, mit wummernden Bässen „Nazis wegzubassen“.

Aus Fürth kommt die „Clowns Army“ – das sind Straßenkünstler, die Polizisten gern vor der Nase rumtanzen. Der Liedermacher Konstantin Wecker will ein „Blockadekonzert“ geben. Wohin allerdings seine zwei Flügel transportiert werden sollen, vermag Felicitas' Kultur-AG nicht zu sagen. „Die Entscheidung“, spottet die junge Frau mit dem Piercing, „liegt nicht in unserer Hand, nicht mal in Gottes Hand, sondern beim Ordnungsamt.“ Ein wenig Ordnung könnte auch dem Chaos am Bischofsplatz nicht schaden. Die Leute kommen und gehen, weichen Paketen mit Sitzkissen und Vuvuzelas aus. Plakate stapeln sich, Flugblätter und Kisten mit Mate-Eistee. Hämmer und Farbeimer blockieren Laufwege ebenso wie Kartons voller Plüschtiere, die für eine inzwischen abgesagte „Kuscheltier-Demo“ gedacht waren.

### Ängstliche Bürgerschaft

Felicitas fühlt sich wohl dort. „Das ist eine bunte Truppe. Jedes Alter, jede Schicht. Vom Punk bis zum Öko-Studenten und Sohnemann aus gutem Hause.“ Sie schätzt die Offenheit der Leute, ihren Humor, obwohl jeder so beschäftigt sei, dass kaum noch Zeit bleibe für private Sachen. Ihre Augen leuchten. „Ich liebe diese Vielfalt an Kulturen, da muss ich gegen rechts sein – erst recht in der heutigen Zeit.“

Sie möchte weiter in Dresden leben und arbeiten. Doch beim Flugblatt-Verteilen in der Prager Straße ist sie ins Grübeln gekommen. In der Einkaufszone hätten viele Leute ihr gesagt: „Das Zeug pack ich nicht mal mit der Kneifzange an.“ Sie empfindet die Dresdner Bürger als ängstlich, auf Selbstschutz bedacht, als gleichgültig und desinteressiert. „Da versuchen die Nazis, die Stadt zu stürmen, und die Bürger hier wollen einfach ihren Trott weitermachen. Das verstehe ich nicht.“ Deshalb wachse bei ihr und ihren Mitstreitern der Unmut. „Da entsteht ein explosives Gemisch.“ Das Bündnis sei machtlos, wenn diese aufgeheizte Stimmung für Gewalt missbraucht werde.

Felicitas schaut „Petro“ an. Das ist der Star der gescheiterten Kuscheltier-Demo. Ein metergroßer, olivfarbener Plüschaffe, der im Eingang der Bündnis-Zentrale auf

---

einem Leiterwagen Platz genommen hat. Felicitas liebäugelt damit, ihn zu kaufen, wenn alles vorbei ist.

Lesen Sie am Montag, wie es Felicitas, einer Bereitschaftspolizistin und einer Dresdner Krankenschwester und Mahnwachenteilnehmerin am Wochenende ergangen ist.

---

## **Morgenpost, Ausgabe Dresden**

### **82 verletzte Polizisten, Dutzende verletzte Demonstranten, massenhaft Zerstörung an Autos und Häusern – Spur der Verwüstung nach dem Chaos-Tag**

*Von Andreas Weller und Diana Kunze*

Über 78 Festnahmen, 82 zum Teil schwer verletzte Polizisten, Dutzende verletzte Demonstranten, 60 Strafanzeigen, unzählige Sachbeschädigungen: Nach den Krawallen in der Landeshauptstadt will die Polizei nun für schnelle Aufklärung sorgen. Dafür wurde eigens die Soko „19. Februar“ eingerichtet.

„Die brutale Gewalt hat unsere Erwartungen bei Weitem übertroffen“, resümierte Polizeipräsident Dieter Hanitsch gestern erschüttert. Die Krawalle seien bundesweit beispiellos gewesen. Von 82 verletzten Polizisten wurden mindestens sieben schwer verletzt. „Da hängen Frauen und Kinder dran“, sagte Hanitsch sichtlich bewegt. So habe etwa ein Beamter einen Gehörschaden erlitten, vermutlich ein bleibender Schaden. Nicht nur Beamte wurden verletzt, auch Demonstranten mussten etwa mit Platzwunden behandelt werden.

Insgesamt standen rund 3 000 Nazis (davon 1 000 Gewaltbereite) 12 500 Gegendemonstranten (davon 3 500 gewaltbereite Linke) gegenüber. Über 60 Strafanzeigen wurden erstattet – wegen Landfriedensbruch, Körperverletzung, Sachbeschädigung, Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte. Zudem beschlagnahmte die Polizei zahlreiche „Kampfgeräte“, etwa schwere Eisenstangen, mit Nägeln versehene Holzlatten, oder Schlagringe. Für 78 Schläger (15 bis 61 Jahre, darunter neun angereiste Ausländer und auch acht Frauen) klickten die Handschellen. Davon seien 23 dem rechten Spektrum und 40 dem linken Spektrum zuzuordnen.

Die Soko „19 Februar“ wird ab heute ihre Arbeit aufnehmen. Dabei werden die Beamten auch die Anzeige von Tobias Jeltsch (44) bearbeiten. Sein erst zwei Jahre alter VW Touran wurde bei den Randalen auf der Reichenbachstraße völlig demoliert. „Ich habe eine irre Wut.“ Auf 500 Euro Selbstbeteiligung wird er sitzen bleiben, vermutlich in der Versicherung hoch gestuft. Zahlreiche Dresdner ereilte ein ähnliches Schicksal, allein an der Reichenbachstraße zählten wir gestern über 20 beschädigte Autos.

---

### **Restaurant zerlegt, Wohnprojekt angegriffen – Innenminister will ein Ende der Gewalt**

Polizei und Innenministerium sprechen von einer noch nie da gewesenen Gewalt gegen Polizisten und Bürger – dieses Mal vor allem auch von Nazis. „Ich hoffe, das wird auch von den Gerichten berücksichtigt, damit wir in Dresden künftig nazifrei gedenken können“, so Michael Wilhelm, Staatssekretär von Innenminister Markus Ulbig (CDU) – der will nun eine Debatte ums Versammlungsrecht starten.

Aggressive Rechte wüteten Sonnabend in Dresden frustriert, weil sie nicht marschieren konnten. Nachdem die Polizei zunächst von etwa 1 000 Rechten ausgegangen war, korrigierte sie gestern die Zahl auf etwa 3 000 – mindestens 1 000 von ihnen gewalttätig. Einige Beispiele: Die Nazis griffen das Wohnprojekt „Praxis“ an der Wernerstraße an, zerlegten ein Restaurant, warfen Steine auf Beamte auf den Gleisen der Marienbrücke, durchbrachen Polizeisperren und vieles mehr.

Der wohl heftigste Angriff: Eine Hundertschaft der Bundespolizei „begegnete“ kurz vor dem Haltepunkt Plauen rund 800 Nazis. Die stürmten sofort auf die Polizei zu, warfen Steine, schossen mit Raketen, schlugen mit Zaunlatten und Stöcken auf die Beamten ein und traten zu. „Das war eindeutig eine rechte Gruppierung“, so Ralph W. Krüger, Einsatzleiter der Bundespolizei. 24 Nazis konnten dort festgenommen werden, mehrere Polizisten wurden verletzt.

Um dieser Gewalt ein Ende zu setzen, will Innenminister Ulbig ein Symposium: eine breite Diskussion zwischen Verfassungsrichtern, Polizisten und Politikern. Die Versammlungsfreiheit solle nicht beschnitten werden, aber die Gerichtsentscheidungen, dass Nazis geschützt werden müssen, weil sie gewaltfrei auftreten, seien nicht vermittelbar.

---

### **Linke-Bundesvize Katja Kipping mittendrin – Razzia! LKA stürmte die Parteizentrale der Linken**

Nach den Krawallen in Dresden stürmte ein Sondereinsatzkommando des LKA die Parteizentrale der Linken in Dresden: In voller Montur und mit schwerem Gerät verschaffte es sich Zutritt zu den Gebäuden an der Großenhainer Straße. Es geht unter anderem um schweren Landfriedensbruch. Für Linke-Politiker ein Skandal!

Abends krachte es an der Großenhainer Straße 93. Vermummte und bewaffnete Polizisten traten Türen ein und sägten sie auf. Alle Räume im „Haus der Begegnung“ wurden durchwühlt – auch eine Anwaltskanzlei und das Jugendhaus des linkennahen Jugendhilfe-Vereins Roter Baum dahinter.

Alle 15 Personen, die dort waren, wurden festgenommen. Sie mussten sich bis auf die Unterwäsche ausziehen, wurden gefesselt und durften zunächst keinen Anwalt rufen. Oberstaatsanwalt Lorenz Haase: „Es gibt ein Ermittlungsverfahren gegen unbekannt – unter anderem wegen schweren Landfriedensbruch. Die Aktion richtete sich nicht gegen die Partei Die Linke oder deren Abgeordnete, sondern gegen die Räumlichkeiten des Roten Baums.“

Warum auch die Parteizentrale und die anderen Räume gestürmt wurden, konnte

---

Haase icht erklären. Auch nicht, was das LKA zu finden hoffte. Offenbar wurden dort Drahtzieher für Krawalle vermutet. Es wurden unter anderem Computer und Akten beschlagnahmt. Linke-Bundesvize und Mitglied des Bundestages Katja Kipping: „Die Polizei hat eindeutig den Weg der Verhältnismäßigkeit verlassen.“ Die Linke sei fester Bestandteil von Dresden nazifrei“, habe aber nur friedlichen Protest gegen Nazis unterstützt. „Der Versuch, unsere Partei zu kriminalisieren, ist skandalös“, so Dresdens Linke-Chef Hans-Jürgen Muskulus. Er kündigte an, Schadensersatz zu fordern.

---

## **Wir wollen Ergebnisse**

*Von Andreas Weller*

Verletzte Menschen, brennende Barrikaden, demolierte Autos, fliegende Steine: Der 19. Februar war ein Tag, wie ihn keiner in Dresden erleben will. Krawalltouristen von rechts und links missbrauchen erneut unsere Stadt – Antidemokraten, die hier keinersehen will.

Trotzdem können den ereignissen auch gute Seiten abgewonnen werden – direkt und indirekt: Die, wie das Innenministerium sagt, 99,9 Prozent friedlichen Demonstranten haben es geschafft, dass die Nazis nicht marschieren konnten. Das ist der größte Erfolg!

Die Gewalttaten auf der als linksextrem bezeichneten Seite können durch nichts entschuldigt werden. Aber es gibt eine neue Qualität: Dieses Mal haben sich die Nazis demaskiert: Sie waren es, die auch randalierend durch Dresden zogen. Sie haben Polizisten, Bürger und Gebäude attackiert. Sie sind nicht mehr die angeblichen Saubermänner, die von Gerichten noch guten Gewissens als schützenswerte „Nichtstörer“ eingestuft werden können.

Schade, dass es offenbar erst diese schrecklichen Bilder und die vielen Verletzten braucht, bis sich etwas tut. Aber immerhin will Innenminister Ulbig endlich eine breite Diskussion um das Versammlungsrecht anstoßen. Den Dresdnern ist es tatsächlich nicht vermittelbar, dass ihr Viertel brennt, Autos demoliert oder gar sie selbst verletzt werden.

Noch weniger vermittelbar dürfte es aber sein, dass Nazis die Stadt missbrauchen dürfen und friedlicher Protest kriminalisiert wird. Packen Sie es an, Herr Ulbig – der Ansatz ist gut, die Nazis haben einen Angriffspunkt geliefert. In knapp einem Jahr hoffen wir auf sichtbare Ergebnisse.

---

## **Verwaltungsgericht macht Neonazis den Weg durch Dresden frei**

Die Stadt teilt sich heute in zwei Hälften: Das Univiertel für die Rechten, die Neustadt für die Linken. Dazwischen etwa 20 000 friedliche Demonstranten in der Altstadt.

Eigentlich wollte die Stadt die Neonazis an den Stadtrand (Cotta) schicken, doch das verbot das Verwaltungsgericht gestern. Am „Nürnberger Ei“ sowie am Hauptbahnhof sollen nun etwa 5000 Neonazis aufziehen – abgeriegelt von 4600 Polizisten.

Da Die Rechten eigentlich auf dem Altmarkt ihre Kundgebung abhalten wollen, haben sie auch gegen die gestrige Verlegung in die Südvorstadt geklagt. Bis in die Nacht berieten die Richter, wo und wie die Neonazis marschieren dürfen. Für die unterbesetzte Polizei ein Skandal, denn das erschwerte den Vorlauf der Absicherung erheblich.

---

### **Ausnahmezustand – Überall Angst vor einem wütenden Chaoten-Mob**

Die Angst vor dem Chaos ist allgegenwärtig. Anwohner und Ladenbesitzer in der Nähe möglicher Nazi-Versammlungen rüsten sich für den Ausnahmezustand. Sie schließen und sichern ihre Geschäfte, übernachten bei Freunden. Am meisten quält die Ungewissheit, wo Nazis und linke Chaoten heute tatsächlich auftauchen werden.

„Ich mache auf jeden Fall mein Geschäft zu und werde übers Wochenende zu Freunden ziehen“, sagt die Besitzerin eines Blumengeschäfts in Cotta. Auch Ahmet Kilic (32) wird heute keine Döner verkaufen: „Wenn die Rechten wirklich hier demonstrieren, bleibt mein Laden geschlossen.“ Ganz so einfach hat es Autohändler Mario Müller (35) nicht. Seine Gebrauchtwagen kann er nicht einfach verschwinden lassen. „Ich fahre sie alle in den hinteren Bereich des Geländes.“ Ihm bleibt nur die Hoffnung, dass sie bei Randalen nicht beschädigt werden.

Zwar sprachen Polizisten vorab mit Geschäftsleuten, erklärten, was zu tun ist, wenn in der Nachbarschaft demonstriert wird. Doch genaue Details gibt es nicht. Denn wo sich der möglicherweise gewaltbereite Mob heute seinen Weg bahnt, kann noch niemand sagen. Auch an einer möglichen Alternativroute der Rechten, am Friedrich-List-Platz, ist man gewappnet. „Wir bleiben geschlossen, sicher ist sicher“, verrät eine Mitarbeiterin von Friseur Klier im Citycenter.

us

---

### **Dresdner Neueste Nachrichten**

#### **Erfolg mit Beigeschmack - Dresden-Nazifrei ist mit Ergebnis des 19. Februar zufrieden**

sl

Dresden. Ein erfolgreicher Tag - aber mit Beigeschmack, lautet das Fazit des Aktionsbündnisses Dresden-Nazifrei zu den Geschehnissen am 19. Februar in Dresden. Es sei gelungen, den Nazi-Aufmarsch zu verhindern, sagte Sprecher Thomas Bergmann am Montag. Die Ausgangssituation sei schlecht gewesen, dennoch seien die zahlreichen Gegendemonstranten durch die Absperrungen gekommen.

Bergmann lobte vor allem das geschlossene Auftreten der Blockierer „Wir sind froh, dass die Leute das gemacht haben. Sie haben sich nicht unterkriegen lassen.“ Für die Nazis sei der Tag dagegen abermals eine Katastrophe gewesen, die politisch nicht zu unterschätzen sei. „Es ist auch ein Signal für viele andere Städte“, sagte der Bündnis-Sprecher.

Es gebe aber bei aller Freude auch einen bitteren Beigeschmack. Die Sanitäter von Dresden-Nazifrei hätten insgesamt 114 Personen behandelt, 42 davon seien schwerer verletzt worden. Von einer gebrochenen Nase, ausgekugelten Gelenken oder Schädel-Hirn-Traumata berichtete Bergmann. Er kritisierte auch noch einmal das harte Vorgehen der Polizei, das wesentlich zur Eskalation beigetragen habe. Zugleich betonte er den Grundkonsens von Dresden-Nazifrei, wonach die Polizei nicht das Ziel der Gegendemonstranten sei. Von den Blockaden sei keine Eskalation ausgegangen. Vielmehr hätten dort viele Teilnehmer besänftigend gewirkt. Ob und was noch juristisch auf das Bündnis zukommt, wollte er nicht prophezeien. „Möglich ist nach der Aktion am Samstag alles“, sagte er und erinnerte an die Durchsuchung des „Hauses der Begegnung“ durch das Landeskriminalamt (LKA). Dieses hatte unter anderem das dort untergebrachte Pressebüro von Dresden-Nazifrei durchsucht, da nach Aussagen der Fahnder von dem Gebäude aus linksradikale Gewalttäter koordiniert wurden.

Ein eher gutes Zeichen sei dagegen der Absturz der Bündnis-Homepage am Samstagmittag gewesen. Es habe bereits im Vorfeld zahlreiche Online-Attacken auf die Seite gegeben. Dass die Homepage ab Mittag nicht mehr erreichbar war, habe laut Bergmann aber an den vielen normalen Zugriffen gelegen.

© DNN-Online, 21.02.2011, 18:18 Uhr

---

### **Gebete für bunte Vielfalt – Christen protestieren mit 54 Mahnwachen gegen die Rechtsextremisten**

Dass sie Rechtsextremisten ablehnen, bekundeten evangelische, katholische und freikirchliche Christen am Sonnabend auf ihre Weise: Sie stellten sich an 54 Stellen zu Mahnwachen an Straßen und auf Plätze vor Kirchen und Gemeindehäusern. Motto: „Raum für Mitmenschlichkeit und Nächstenliebe“.

Auch die Organisatoren des Deutschen Evangelischen Kirchentages beteiligten sich. „Wir wollen ein Zeichen der Gewaltlosigkeit und Klarheit setzen, dass diese Stadt nicht den Neonazis gehört, sondern den Friedliebenden und Demokraten“, sagte Kirchentagspräsidentin Katrin Göring-Eckardt vor der Geschäftsstelle an der Ostra-Allee. Wenn Dresden frei sein wolle von der Tyrannei brauner Demonstranten, müssten sich alle, auch Christen aufstellen. Sie müssten dafür sorgen, dass Minderheiten und ausländische Mitbürger ihr Recht behalten. Nur diese bunte Vielfalt mache die Stadt reich.

Anschließend besuchte Katrin Göring-Eckardt mit Wolfgang Thierse (SPD) und weiteren Politikern Mahnwachen an der Kathedrale, Frauenkirche und Kreuzkirche.

Vor den Kirchen wärmten sich die Beteiligten bei Minusgraden an Feuerschalen. Zu jeder vollen Stunde hielten sie Andachten, beteten und sangen. Auch eine Erklärung lag zur Unterschrift aus. Darin heißt es, Fremde seien hier willkommen, niemand werde nach seiner Abstammung, nur nach seinem Handeln beurteilt, Menschen verschiedener Kulturen und Überzeugungen sollten friedlich zusammenleben. Abgelehnt wird rechtsextreme Geschichtsverfälschung. Zahlreiche Beteiligte und



Passanten unterschrieben.

An belebten Stellen wie in der Innenstadt standen zwischen 30 und 60 Menschen auf den Mahnwachen. Selbst an entlegenen Stellen – etwa vor der evangelischen Heilandskirche in Cotta oder vor der Philippuskirche in Gorbitz – waren es zwischen 10 und 20.

An der Lukaskirche wärmten sich auch Teilnehmer der Blockaden auf und kamen mit den Christen ins Gespräch. Mitglieder der Auferstehungskirche in Plauen fanden sich unverhofft in einem Zentrum des Geschehens, als unweit von ihrer Mahnwache entfernt Neonazis, begleitet von Polizei, entlang zogen.

*Thomas Gärtner*

---

### **Parteibüros der Linken in Ostsachsen beschädigt**

*dpa*

Bautzen/Zittau. Im Vorfeld der Neonazi-Demonstration in Dresden sind Parteibüros der Linkspartei in Ostsachsen beschädigt worden. Wie die Polizei in Görlitz am Sonntag mitteilte, beschmierten unbekannte Täter in der Nacht zum Freitag die Geschäftsstelle des Ortsverbandes in Zittau. Dabei wurden die Scheiben und die Fassade mit Parolen der Neonazi-Szene besprüht. In Bautzen warfen Unbekannte eine Flasche gegen ein Fenster der Kreisgeschäftsstelle. Der Sachschaden beträgt 1200 Euro.

Die Ermittler hätten eindeutige Spuren gesichert, sagte ein Polizeisprecher weiter. Details wollte er nicht nennen, da sie Täterwissen wiedergeben. Die Suche nach den Tätern konzentrierte sich auf die rechtsextreme Szene.

Die Partei Die Linke und ihr nahestehende Initiativen hatten den Gegenprotest zu einem genehmigten Aufmarsch von Rechtsextremen in Dresden mitorganisiert. Bei der Demonstration war es zeitweise auch zu heftigen Krawallen gekommen. Nach dem Ende der Versammlung hatte die Polizei am Abend die Stadtzentrale der Dresdner Linkspartei durchsucht. Dort befinden sich auch Räume der Initiative „Dresden Nazifrei“.

© DNN-Online, 20.02.2011, 15:29 Uhr

<http://www.dnn-online.de/specials-dd/specialthemen/19-februar/parteibueros-der-linken-in-ostsachsen-beschaedigt/r-19-februar-a-21263.html>

---

### **Polizei zeigt sich schockiert über Gewalt beider Lager - Soko zum 19. Februar**

*sl*

Dresden. Dresdens Polizeipräsident Dieter Hanitzsch hat sich am Sonntag schockiert über die gewaltsamen Übergriffe am 19. Februar gezeigt. „Da fehlen mir einfach die Worte“, meinte der Polizeichef am Tag danach. Die Aggression von Rechts- wie Linksaußen sei „beispiellos“ und in dieser Form bisher noch nicht erlebt worden. Um die Vorfälle aufzuarbeiten, will Hanitzsch eine „Soko 19. Februar“ einsetzen, die alle Vorfälle aufarbeiten soll.

Etwa 4500 Polizisten der Länder sowie etwa 1800 Einsatzkräfte der Bundespolizei seien im Einsatz gewesen. Trotzdem habe man es nicht geschafft, den Auftrag des Verwaltungsgerichtes durchzusetzen. Dies hatte am Freitagabend endgültig entschieden, dass die Rechtsextremen eine Demonstration und zwei Kundgebungen durchführen können. Dass es letztlich anders kam, dafür könne Hanitzsch niemandem einen Vorwurf machen. Die prognostizierte Gefahr sei in vollem Umfang eingetreten. 3000 Nazis, davon etwa 1000 Gewaltbereite sowie 3500 linksradikale seien neben 8.000 friedlichen Demonstranten auf den Straßen gewesen. Allerdings sprechen die Nazi-Gegner von bis zu 21.000 Gegendemonstranten, Augenzeugen berichten von insgesamt nur etwa 1500 Nazis.

Die Polizei spricht von zum Teil brutaler Gewalt gegen die Beamten. Stangen aus Eisen seien als Speere auf Polizisten geworfen worden, Steine, Flaschen, Feuerwerkskörper und Molotow-Cocktails seien auf die Beamten geflogen. 82 Polizisten seien verletzt, mindestens sieben davon schwer. Hanitzsch sowie Ralph Krüger von der Bundespolizei betonten aber, dass die Gewalt auch von Rechtsextremen ausgegangen sei. Vor allem in Plauen hätte eine Gruppe Nazis die Bundespolizisten überfallen. 24 Rechtsextreme wurden dort festgenommen, so Krüger. Die Grundstimmung sei entschieden aggressiver gewesen als am 13. Februar.

Die Ordnungshüter vermeldeten insgesamt 78 Festnahmen und mehr als 60 Strafbefehle. Unter anderem wegen Vermummung, Widerstandes gegen Vollstreckungsbeamte und Körperverletzung. Davon lassen sich laut Polizei 23 Personen dem rechten Spektrum und 40 dem linken Spektrum zuzuordnen. Es handele sich um acht Frauen und 70 Männer im Alter von 15 bis 61 Jahren. Allerdings dürften diese Zahlen nicht vollständig sein, hatte doch die Bundespolizei mitgeteilt, dass sie allein in Plauen 24 Rechte festgenommen hatte.

Zudem werden sich etwa 200 Gegendemonstranten auf der Kreuzung Fritz-Löffler-Straße / Reichenbachstraße wegen Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz verantworten müssen.

Um die vielen Anzeigen und Schäden zu bearbeiten, kündigte Polizeipräsident Hanitzsch die Einrichtung einer Sonderkommission 19. Februar an, die alle Vorfälle kompetent und geschlossen bearbeiten soll. Angesiedelt wird die Soko bei der Dresdner Kripo, auch die Bundespolizei wird beteiligt. Wie viele Kriminalisten dabei mitarbeiten sollen, war zunächst unklar.

© DNN-Online, 20.02.2011, 13:49 Uhr

<http://www.dnn-online.de/specials-dd/specialthemen/19-februar/polizei-zeigt-sich-schockiert-ueber-gewalt-aus-beiden-lagern--soko-zum-19-februar-wird-eingerichtet/r-19-februar-a-21260.html>

---

**Immer eine Einzelfallentscheidung - VG Dresden bekräftigt Beschluss zum 19. Februar**

sl

Dresden. Das Verwaltungsgericht Dresden hat am Montag seine Entscheidung, eine Demonstration der Rechtsextremen sowie zwei Kundgebungen zuzulassen, noch einmal mit der Versammlungsfreiheit begründet. Es sei keinesfalls so, dass den Rechten alles erlaubt werde, stellt Sprecher Robert Bendner klar. Jeder habe das Recht, sich frei und ohne Waffen zu versammeln. „Die Diskussion läuft da aus dem Ruder“, meinte Bendner.

Könnte die Stadtverwaltung nicht begründen, dass von der Veranstaltung Gefahr ausgeht, gelte die Vorannahme, dass alles friedlich bleibt. Bendner verwies auf die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes, wonach die Polizei sicherzustellen habe, dass potenzielle Störer die Veranstaltung dann weder behindern noch beeinträchtigen dürfen. Daher sei es auch nicht immer möglich, die von vielen Politikern geforderten Gegenveranstaltungen in Hör- und Sichtweite zuzulassen. Wenn diese darauf aus seien, die ursprüngliche Veranstaltung zu stören, beispielsweise durch laute Musik, sei dies nicht rechtmäßig. Das Verwaltungsgericht habe die Aufgabe, die Verwaltungsentscheidungen der Kommune zu überprüfen - und in diesem Fall seien die geplanten Auflagen der Stadt Dresden nicht rechtmäßig gewesen.

Welche Einschränkungen wann erlaubt sind, sei immer eine Einzelfallentscheidung, so Bendner. Es sei eben juristisch nicht möglich gewesen, alle drei Veranstaltungen zusammenzulegen und einen gemeinsamen Versammlungsleiter zu bestimmen. Auch die Einwände der Stadt, dass zu wenig Polizei zur Verfügung stand, hatte das Verwaltungsgericht nicht als ausreichend erachtet. Wohl auch, da es im Vorjahr rund um den Bahnhof Neustadt weitestgehend friedlich blieb.

Anders in Leipzig: Dort gab es im Oktober 2010 mehrere Anmeldungen für Nazi-Demos im Stadtgebiet. Erlaubt wurde letztlich nur eine stationäre Kundgebung. Wie Susanne Eichhorn-Gast, Sprecherin des Leipziger Verwaltungsgerichtes mitteilte, hatten sich in der Messstadt aber die Anmelder bereit erklärt, eine gemeinsame Demo durchzuführen. Diese beschränkte die Stadt auf eine Kundgebung - als Grund galt, dass die Polizei aufgrund von zu wenig Personal die Strecke nicht absichern könne - eine Argumentation, die das Verwaltungsgericht Leipzig und das sächsische Obergericht in Bautzen damals akzeptierten. Im Unterschied zu Dresden hatten die Nazis 2009 in Leipzig aber die Polizei attackiert, nachdem friedlichen Gegendemonstranten einen Marsch durch die Stadt verhindert hatten.

Einen Vergleich zwischen den Gegebenheiten 2010 in Leipzig und Dresden 2011 wollten aber weder Eichhorn-Gast noch ihr Dresdner Kollege Bendner wagen.

© DNN-Online, 21.02.2011, 15:36 Uhr

<http://www.dnn-online.de/specials-dd/specialthemen/19-februar/immer-eine-einzelfallentscheidung--verwaltungsgericht-bekraeftigt-seinen-beschluss-zum-19-februar/r-19-februar-a-21324.html>

---

## **Polizeilicher Notstand: Hunderte Neonazis aus Dresden scheitern mit Spontandemo in Leipzig**

*ahr/mpu/maf*

Leipzig/Dresden. Etwa 500 Neonazis sind am Samstagabend mit dem Versuch gescheitert, eine spontane Demonstration in Leipzig zu veranstalten. Die Rechtsextremen waren aus Dresden mit dem Zug angereist, nachdem dort mehr als 20.000 Gegendemonstranten den angekündigten Marsch durch die Landeshauptstadt verhinderten.

Nach Ankunft der Neonazis auf dem Leipziger Hauptbahnhof gegen 18.23 Uhr sprach Polizeipräsident Horst Wawrzynski allerdings auf Grund polizeilichen Notstands umgehend ein Demonstrations- und Aufenthaltsverbot für die Rechtsextremen aus. Diese wurden aufgefordert, die Stadt wieder zu verlassen. Nach Angaben Wawrzynskis hatten sich spontan etwa 800 Gegendemonstranten am Bahnhof eingefunden. Vor dem Gebäude soll es zu einzelnen Auseinandersetzungen gekommen sein. Die Beamten trennten beide Lager und hatten die Lage im Griff.

Im Laufe des Abends lösten sich die Gruppen langsam auf. Laut Wawrzynski bestand die Problematik darin, die Neonazis auf verschiedene Züge für die Heimfahrt nach Halle, Dresden, Berlin und Chemnitz aufzuteilen. Aus Leipzig stammende Rechtsextreme wurden von der Polizei aus dem Bahnhof begleitet. Laut Wawrzynski sollte es in der Messestadt in der Nacht zu Sonntag eine erhöhte Polizeipräsenz geben. Zwar gebe es keine Hinweise darauf, dass weitere Demonstranten mit dem Zug nach Leipzig kämen, ausschließen konnte dies der Polizeipräsident jedoch nicht. Die hiesigen Beamten wurden kurzfristig durch ihre Kollegen aus Dresden unterstützt. Einer Mitteilung der Polizei zufolge, kam es später am Abend im Leipziger Stadtgebiet zu gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen rechts- und linksgerichteten Personen, die von den Beamten aber unterbunden werden konnten. Vereinzelt sei es zu Sachbeschädigungen gekommen. Die Neonazis hatten am Nachmittag in der Landeshauptstadt einen Zug in Richtung Leipzig bestiegen. Laut Torsten Henke, einem Sprecher der Bundespolizei, begleiteten Beamte den Zug: "Das ist unsere Pflicht. Wir haben die Demonstranten auch bei der Anfahrt begleitet."

"Es gibt keine rechtliche Grundlage, diesen Personen die Anfahrt nach Leipzig zu untersagen", erklärte Polizeipräsident Horst Wawrzynski vor der Ankunft der Demonstranten gegenüber LVZ-Online. Zudem biete das Versammlungsrecht die Möglichkeit, einer kurzfristigen Demonstrationsanmeldung beim Polizeiführer vor Ort. "Deshalb bin ich auch hier."

Rechtlich wäre eine solch spontane Aktion möglich gewesen. "Normalerweise schreibt das Versammlungsrecht eine Anmeldung mindestens 48 Stunden vor dem geplanten Termin einer Veranstaltung vor", so Holger Henke von der Bundespolizei. "Liegen allerdings Gründe für eine Eilbedürftigkeit vor, kann davon abgewichen werden." Dies sei allgemein üblich.

Ein Vertreter der Rechtsextremen, der die Veranstaltung spontan anmelden wollte, habe nach Erteilung des Aufenthaltsverbotes durch den Polizeipräsidenten eine Klage dagegen angekündigt, so Wawrzynski.

Im Internet kursierte im Verlauf des Tages die Information, eine Demonstration der Rechtsradikalen in Leipzig sei zuvor angemeldet gewesen. Der Pressesprecher der Stadt Leipzig, Peter Krutsch, widersprach diesem Gerücht. Eine solche Veranstaltung sei weder gemeldet noch genehmigt worden. Der Deutschen Bahn lagen nach Angaben einer Sprecherin vom Samstagabend keine Informationen zu Störungen im Zugverkehr in der Region Leipzig vor. Lediglich in Dresden habe es geringfügige Verspätungen gegeben.

© DNN-Online, 19.02.2011, 22:39 Uhr

<http://www.dnn-online.de/specials-dd/specialthemen/19-februar/eilmeldung-700-neonazis-aus-dresden-planen-am-nachmittag-spontandemo-in-leipzig/r-19-februar-a-21240.html>

---

## **Gericht erlaubt Nazis eine Demo und zwei Kundgebungen südlich des Bahnhofes**

sl

Dresden. Das Verwaltungsgericht Dresden hat den Rechtsextremen doch eine Demonstration und zwei Kundgebungen erlaubt. Wie die Richter am Morgen mitteilten, wurden damit die neuerlichen Auflagen der Stadt Dresden nur teilweise bestätigt. So wurde der Jungen Landsmannschaft Ostdeutschland (JLO) gestattet, einen Aufzug durchzuführen, die Stadt hatte zuvor nur eine Kundgebung erlaubt.

Gescheitert ist dagegen der Eilantrag eines weiteren rechten Anmelders, seine Kundgebung in der Innenstadt durchzuführen. Damit bleibt es bei der Anordnung der Stadt, wonach alle drei rechten Veranstaltungen südlich des Hauptbahnhofes abgehalten werden müssen. Wo genau diese stattfinden werden, wollte die Polizei am Vormittag aus einsatztaktischen Gründen nicht verraten. Erfolglos blieb auch der Eilantrag des DGB, dessen vor dem Volkshaus geplante Mahnwache in die Neustadt verlegt wurde. Die Gewerkschaftler hatten bereits am Freitag angekündigt, sich bei einer Niederlage vor Gericht an den friedlichen Protesten in der Innenstadt zu beteiligen.

Die Richter begründeten ihre Entscheidungen im Wesentlichen mit dem Trennungskonzept, nach dem die unterschiedlichen politischen Lager sowie deren Versammlungen durch die Elbe getrennt werden sollen. Allerdings sahen die Richter keine Veranlassung dafür, einen Veranstalter aus dem rechten Lager in dieser Situation auf eine stationäre Kundgebung zu beschränken.

Die Polizei bezeichnete die Lage in der Stadt am Vormittag als angespannt aber noch ruhig. Bereits seit Freitag war die Polizei in der Stadt stark präsent, seit dem Vormittag sind weitere Einsatzkräfte im Einsatz. Gegen 9 Uhr waren bereits mehrere Tausend Gegendemonstranten in der Stadt, es sei bisher aber zu keinerlei Aufeinandertreffen zwischen beiden Lagern gekommen. Es gebe viel Bewegung in der Stadt, die Lage ändere sich zum Teil minütlich.

Laut ersten Augenzeugenberichten ist die Dresdner Südvorstadt weiträumig abgesperrt. Eine Demonstration von etwa 500 Teilnehmern sei am Vormittag von der

Münchner Straße in Richtung Uni gezogen. Zudem besetzten am Morgen mehrere hundert Personen beide Enden der Marienbrücke, um einen Durchgang zwischen Altstadt und Neustadt freizuhalten, teilte das Aktionsbündnis Dresden-Nazifrei mit. Zu Behinderungen kommt es laut Verkehrswarndienst auf den Autobahnen rund um Dresden, da mehrere hundert Busse in der Stadt erwartet werden. Nach ersten Berichten kommt es zu Staus auf mehreren Autobahnabfahrten.

© DNN-Online, 19.02.2011, 09:45 Uhr

<http://www.dnn-online.de/specials-dd/specialthemen/19-februar/gericht-erlaubt-nazi-eine-demo-und-zwei-kundgebungen-suedlich-des-bahnhofes/r-19-februar-a-21219.html>

---

### **Polizei untersucht Neonazi-Angriff auf Wohnprojekt in Dresden-Löbtau**

*dpa*

Dresden. Die Polizei will einen Angriff von Rechtsextremisten auf ein alternatives Wohnprojekt im Dresdner Stadtteil Löbtau aufklären. Am Rande der Neonazi-Aufmärsche hatten am Samstag Dutzende Rechtsextreme das Gebäude mit Steinen beschossen. Im Internet wurden Videos dazu veröffentlicht. Darauf sind auch zwei Polizeiwagen zu sehen, die in Sichtweite warten und nicht unmittelbar eingreifen. Polizeichef Dieter Hanitsch kündigte am Sonntag eine Prüfung an.

Die Polizei registrierte am Samstag ein für Dresdner Verhältnisse bisher unbekanntes Ausmaß an Gewalt. Sie ging von Rechts- und Linksextremen gleichermaßen aus. Tausende Menschen hatten am Samstag einen geplanten Marsch von Neonazis in Dresden verhindert.

© DNN-Online, 20.02.2011, 20:18 Uhr

<http://www.dnn-online.de/specials-dd/specialthemen/19-februar/polizei-untersucht-neonazi-angriff-auf-wohnprojekt-in-dresden-loebtau/r-19-februar-a-21280.html>

---

### **Polizei ermittelt nach Nazi-Angriff auf linkes Wohnprojekt in Löbtau wegen Landfriedensbruch**

*sl*

Dresden. Nach dem Überfall von rechtsextremen Gewalttätern auf das linksalternative Wohnprojekt "Praxis" in Löbtau ermittelt die Polizei nun wegen Landfriedensbruch. Am Samstag hatten zahlreiche Rechtsradikale das Gebäude an der Ecke Wernerstraße / Columbusstraße mit Steinen und Stöcken angegriffen. Die Polizei spricht von 200 Rechtsextremisten, die das Gebäude „im Zusammenhang mit gegenseitigen Provokationen" attackierten. Zudem seien nach Angaben der Bewohner zwei weitere Gebäude in der Wernerstraße 9 und 11 angegriffen worden.

Ein Internet-Video zeigt, wie schwarz bekleidete Nazis zum Teil verumumt und mit schwarz-weiß-roten Fahnen das Gebäude „Praxis" mit Steinen bewerfen und gezielt mit Stöcken und sogar Schneeschiebern die Scheiben zerstörten. Zudem

skandierten die Angreifer mehrfach „Wir kriegen euch alle“. Laut Informationen von DNN-Online gab es bei dem Überfall keine Verletzten.

Das Video zeigt allerdings auch, dass in Sichtweite zum Tatort mindestens zwei Polizeifahrzeuge stehen, die nicht eingreifen. Auf den Vorfall angesprochen, konnte Dresdens Polizeipräsident Dieter Hanitzsch am Sonntag zunächst keine Angaben machen. Am Montag teilte die Polizei mit, dass „einzelne Kräfte der Verkehrsregelung“ umgehend dafür gesorgt hätten, dass keine Unbeteiligten in die Auseinandersetzungen geraten können. Zugleich wurden für den Einsatz entsprechende Beamte nach Löbtau entsandt, die aber erst eintrafen, nachdem die Täter bereits in Richtung Innenstadt geflüchtet waren.

Die Hausgemeinschaft erhob am Montag hingegen schwere Vorwürfe gegenüber den Beamten. Mehrere Hundertschaften hätten an der Freiburger Straße und der Nossener Brücke bereitgestanden, wo sie die Straßen abgeriegelt hätten. Im Gebäude hätte akute Lebensgefahr bestanden, im ersten Obergeschoss hätten die Steine auch ein Kinderbett getroffen. Versuche, das Gebäude über Fenster und den Hof zu erstürmen, hätten aber abgewehrt werden können.

„Nicht nur ein Hausprojekt, sondern ein ganzes Quartier soll angegriffen werden. Die Ereignisse bestätigen uns aber auch in unserer Ansicht, dass wir von Polizei und Staat keine Hilfe zu erwarten haben. Sie haben trotz wochenlanger Beschattung im Vorfeld des 13. Februars einen lebensgefährlich Angriff zugelassen“, teilte die Hausgemeinschaft mit.

"Rechts wegschauen, links weghauen - das umreißt die Polizeistrategie am 19. Februar. Die Polizei hat sich auf das Verprügeln der Blockierer konzentriert", warf Dresden-Nazifrei-Sprecherin Franziska Radtke bereits am Sonntag den Behörden vor. Es sei mehrfach zu massiven Angriffen von Polizeibeamten auf Blockierer gekommen. Trotz Temperaturen um den Gefrierpunkt seien Wasserwerfer eingesetzt worden. „In diesem Zusammenhang ist der Nazi-Angriff in Löbtau ein deutlicher Beweis für die Schwerpunktsetzung der Polizei am gestrigen Tag“, so Radtke weiter.

© DNN-Online, 20.02.2011, 14:08 Uhr

<http://www.dnn-online.de/specials-dd/specialthemen/19-februar/nazi-angriff-auf-linkes-wohnprojekt-in-loebtau/r-19-februar-a-21261.html>

---

### **Weiter Aufregung um Durchsuchung des Pressebüros von Dresden-Nazifrei** *sl / dpa*

Dresden. Der robuste Polizeieinsatz in der Großenhainer Straße 93 am Samstag sorgt weiter für Aufregung. Wie das Landeskriminalamt (LKA) am Montag mitteilte, hatte die Behörde Hinweise bekommen, dass Linksextreme aus dem Gebäude heraus ihre Straftaten koordiniert hätten. Die Vorwürfe beziehen sich laut Staatsanwaltschaft auch auf schweren Landfriedensbruch.

In dem „Haus der Begegnung“ befinden sich unter anderem die Stadtgeschäftsstelle

der Linken, eine Anwaltskanzlei, der linke Jugendverein Roter Baum und am 19. Februar auch das Pressezentrum des Aktionsbündnisses Dresden-Nazifrei, deren Räume von den Polizisten allesamt aufgebrochen und durchsucht wurden. Wie Bündnis-Sprecher Thomas Bergmann bereits am Sonntag mitteilte, hätten die Einsatzkräfte sämtliche Türen eingetreten. Mehrere Personen seien festgenommen und erst am frühen Morgen wieder freigelassen worden. Anwälten gegenüber hätten die Beamten widersprüchliche Angaben zum Zweck des Überfalls gemacht, so Dresden-Nazifrei.

Laut LKA wurden insgesamt 25 Mobiltelefone, 21 Computer sowie weitere Unterlagen beschlagnahmt. 20 der 21 im Gebäude anwesenden Personen wurden vorläufig festgenommen und kamen erst in den frühen Morgenstunden wieder frei. Die Durchsuchung begann laut LKA-Angaben gegen 19 Uhr und war 0.30 Uhr abgeschlossen. Die Ermittlungen dauerten am Montag weiter an, die Asservaten würden ausgewertet.

Zahlreiche Politiker verurteilten das Vorgehen der Einsatzkräfte scharf. Die Europaabgeordnete der Linken, Cornelia Ernst, nannte den Einsatz am Montag einen Skandal. „Am schlimmsten war der würdelose Umgang mit dort Festgenommenen. Türen wurden eingetreten oder eingeschlagen, in allen Räumen entstand Sachschaden.“ Kritik an der LKA-Aktion kam unter anderem auch von Jenas Oberbürgermeister Albrecht Schröter (SPD), von Astrid Rothe-Beinlich vom Bundesvorstand der Grünen, dem Linken-Vorsitzenden Klaus Ernst und Musiker Konstantin Wecker.

„Die Durchsuchung einer Anwaltskanzlei ohne richterliche Anordnung ist ein unglaublicher Vorgang“, erklärte am Montag der Dresdner Anwaltsverein. Die mündliche richterliche Anordnung zur Durchsuchung habe sich nur auf die Räumlichkeiten des Vereins Roter Baum bezogen. „Ein irgendwie gearteter Tatverdacht gegen den Kollegen bestand zu keinem Zeitpunkt.“ Dennoch sei das Sondereinsatzkommando mit Gewalt in die Kanzlei eingedrungen und habe diese durchsucht.

„Offenbar wollten sich die Beamten für die erfolgreichen Blockaden rächen. Sie hatten es auf die Pressestelle des Bündnisses abgesehen“, vermutet Dresden-Nazifrei-Sprecherin Franziska Radtke.

"Der Versuch der sächsischen Strafverfolgungsbehörden, unsere Partei zu kriminalisieren und die Nähe von Gewalttätern zu rücken, ist skandalös. Das gesamte Vorgehen des Sondereinsatzkommandos ist in keiner Weise akzeptabel und wird sowohl ein politisches als auch ein juristisches Nachspiel haben. Die Linke wird mit allen zur Verfügung stehenden juristischen Mitteln gegen diesen skandalösen Einsatz vorgehen", kündigten der Vorsitzende des Linke-Stadtverbandes Hans-Jürgen Muskulus und der Fraktionsvorsitzende André Schollbach an.

© DNN-Online, 21.02.2011, 16:55 Uhr

<http://www.dnn-online.de/specials-dd/specialthemen/19-februar/landeskriminalamt-durchsucht-pressebuero-von-dresden-nazifrei/r-19-februar-a-21254.html>

---



## Der 19. Februar bei Twitter: Unmut, ein wenig Weltgeltung und Justin Biber

Antje Henselin-Rudolph

Dresden. An einem Tag, an dem sich die Lage so unübersichtlich gestaltet wie am 19. Februar in Dresden, kommt einem Medium wie dem Kurznachrichtendienst Twitter schon in der Theorie eine besondere Bedeutung zu. Das war in der Praxis auch am Samstag nicht anders. Wie auch schon eine Woche zuvor ratterten im Minutentakt hunderte Tweets über den Äther.

Dabei hielten sich die Rechtsextremisten in gewohnter Weise zurück. Bis auf einzelne, die vor allem mit Falschmeldungen und überhöhten Aktivistenzahlen in die Irre führen wollten, lief die Kommunikation offensichtlich über andere Kanäle.

Ganz anders die Gegenseite. Bereits am Morgen glühten die Drähte, zunächst um ganz grundsätzliche Informationen auszutauschen, wie etwa die Telefonnummern für Info, medizinische Hilfe (offenbar reisen eigene Sanitäter mit zu den Protestaktionen) oder den Ermittlungsausschuss bei Festnahmen. Andere sprachen den Demonstranten Mut zu und Dank aus. [„Ich denke an alle in Dresden & danke ihnen auch dafür, dass sie alle ein so deutliches Zeichen gegen Nationalsozialismus setzen!“](#)

Wie in der Vorwoche mahnten Besonnene zum friedlichen Protest. [„Leute, ihr könnt auch demonstrieren, ohne was anzuzünden“](#), schrieb ein User, als die ersten Meldungen von brennenden Blockaden die Runde machten. [„Liebe Dresdener! Macht eure Gegendemos zu Straßenfesten, so wie es bei uns in Leipzig Tradition ist. Bleibt bitte friedlich!“](#), erinnerte ein anderer User, der offenbar in der Messestadt schon Erfahrungen bei Aufzügen der rechten Szene gesammelt hatte. Immer wieder twitterten Besorgte auch einfach: „Achtet aufeinander!“

Bei vielen Usern herrschte indes sogar eine Art Galgenhumor. [„Ihr könnt nachher ohne Bedenken zur Demo auf dem Schlossplatz in Stuttgart kommen. Die Wasserwerfer sind in Dresden“](#), konnte ein Schwabe dem Chaos an der Elbe sogar etwas Positives abgewinnen. [„Beheizbare Schuhsohlen sind übrigens gut gegen Nazis und gegen Castoren. Zumindest für Frostbeulen wie mich“](#), freute sich ein anderer User über seine jüngste Anschaffung.

Unmut herrschte dagegen beim Blick auf die mediale Berichterstattung zum 19. Februar. Während der Hashtag #19februar zu den weltweiten Twitter-Topthemen des Tages gehörte, fehlte vielen das Echo in den überregionalen Medien. Während die [Washington Post](#) online einen [Artikel](#) zu den Vorgängen in Dresden veröffentlichte, beschwerten sich Aktivisten vor Ort: [„N24 bringt Nachrichten. Aber scheinbar keine Aktuellen - kein Wort über #Dresden und #19februar.“](#) Offenbar brachte auch ein Anruf eines User bei der ARD keinen (kurzfristigen) Erfolg: [„Bei Nachfrage bei der ARD, kommt nur die Frage: Warum, was ist denn da?“](#) Ein User nutzte die Gelegenheit für ein Pro-Twitter-Statement: [„Wenn man sich das Twittergewitter zu #19februar anschaut und die Null-Berichterstattung im TV, erkennt man, wie wichtig Twitter ist.“](#)

Dass es auch Nachteile hat, zu den „Trending Topics“ beim weltweit größten Kurznachrichtendienst zu gehören, stellte sich am Samstagmittag heraus. Denn zu diesem Zeitpunkt verfielen auch Heerscharen junger Damen dem Hashtag #19februar. Allerdings aus anderen Gründen: Sie feierten ein wie auch immer geartetes Jubiläum ihres Lieblingspopstars Justin Bieber und mokierten sich über die unwissenden Deutschen, die dem Hashtag vergessen hatten ein „y“ anzuhängen.

© DNN-Online, 19.02.2011, 20:42 Uhr

<http://www.dnn-online.de/specials-dd/specialthemen/19-februar/der-19-februar-bei-twitter-unmut-ein-wenig-weltgeltung-und-justin-biber/r-19-februar-a-21245.html>

---

### **Nazigegner vernetzten sich auf Twitter**

was für ein mächtiges Werkzeug der Kurznachrichtendienst „Twitter“ sein kann, hatte sich zuletzt erst bei den Protesten in Ägypten gezeigt. Auch in Dresden machten am Sonnabend vor allem Nazigegner rege davon Gebrauch, um in Echtzeit die neuesten Entwicklungen über das Internet zu verbreiten. Während am Morgen vor allem wichtige Info-Telefonnummern und erste Treffpunkte durchgegeben wurden, tickerten später Angaben zu laufenden Aktionen, Sitzblockaden und den Aufenthalt der Rechten durchs Datennetz. Nazigegner konnten so in der nur schwer überschaubaren Lage schnell reagieren und ihre nächsten Schritte koordinieren. Das Schlagwort „19. Februar“, das zumeist mit den Meldungen verknüpft war, schaffte es phasenweise sogar in die weltweite Top-5.  
*seko/AHR/DNN-Online*

---

### **BILD, Ausgabe Dresden**

#### **So brutal waren die Chaoten**

Dresden – Ein Sprengsatz kommt geflogen, explodiert. Polizisten springen in Sicherheit – zu spät. Die Detonation ist zu laut. Einer der Beamten wird nie wieder richtig hören können.

Friedliche Demonstrationen sehen anders aus.

Linke wie rechte Chaoten lieferten sich am Samstag Straßenschlachten in der Dresdner Innenstadt.

Die meisten Opfer hat die Polizei zu beklagen: 82 Beamte sind verletzt, 7 davon schwer.

Schon vorher stand fest: Die Polizisten in Dresden sind in der Unterzahl. Etwa 6500 Krawall-Chaoten kamen in die City, nur 4500 Beamte standen dagegen.

Polizei-Präsident Dieter Hanitsch (51): „Schon auf der Autobahn, vor unseren Kontrollpunkten, hielten die Busse der Rechten an. Bewaffnet mit Latten und Rohren

machten sie sich zu Fuß auf den Weg in die Innenstadt.“

Rund 400 Neonazis griffen kurz darauf in Löbtau ein alternatives Wohnprojekt an. Die Polizei schaute aus einiger Entfernung untätig zu.

Etwa 800 Linke blockierten die Umzugsstrecke der Rechten am Fritz-Löffler-Platz. 400 von ihnen gelang es, aus dem Polizeikessel auszubrechen. Polizeichef Hanitsch: „Solche Brutalität haben wir noch nicht erlebt. Wir waren nicht in der Lage, das zu verhindern.“

Eine Sonderkommission soll sich mit den Angriffen auf die Polizisten beschäftigen. Der Polizeichef: „Ich hoffe, dass 2012 die Gerichte erkennen, dass auch die Rechten gewalttätig sind.“

---

### **Weltweite Blamage**

Dresden – Auf diese Medienpräsenz hätte das sonst so stolze Dresden gern verzichtet.

Neben den deutschen Medien gab es internationale Resonanz: Vom arabischen TV-Sender „Al Jazeera“ über die „Washington Post“ (USA) bis zu „Sunday Mirror“ (GB) oder „Tagesanzeiger“ (Schweiz) berichteten viele Medien von den Krawallen – und hinterließen einen bitteren Nachgeschmack. Dresdens oberste Marketing-Frau Bettina Bunge (43) zu Bild: „Wir können nur hoffen, dass das keine nachhaltige Wirkung auf die Stadt hat.“

---

### **Rund 15 000 blieben friedlich**

Zum Glück zeigten Tausende Dresdner Gesicht gegen Rechts, ohne Dabei Gewalt anzuwenden. Zum Beispiel fanden zwischen 11 und 18 Uhr an Kirchen, Gemeindehäusern, der Synagoge und auf anderen öffentlichen Plätzen insgesamt 54 Mahnwachen statt. Unter dem Motto „Raum für Mitmenschlichkeit und Nächstenliebe – Mahnen und Beten für die Stadt“ kamen Hunderte Menschen ins Gespräch, Feuerschalen wärmten die Besucher. Vor der Frauenkirche gab es einen „Hoffnungstreifen“. Er forderte auf, sich Krieg, Gewalt und Rassismus entgegenzustellen.

---

### **LKA-Razzia bei linkem Verein**

Polizei-Einsatz nach der Demo: In Dresden-Pieschen stürmten am Samstagabend 20 Beamte des LKA das „Haus der Begegnung“. Für die Durchsuchung der Räume des Bündnisses „Dresden Nazifrei“, einer Geschäftsstelle des Stadtverbandes der Linkspartei und des Vereins „Roter Baum“ wurden die Türen teilweise gewaltsam geöffnet. Laut Staatsanwaltschaft haben Beamten vor Ort wegen Verdachts auf Organisation einer Straftat und schweren Landfriedensbruch gegen ein Mitglied des Vereins „Roter Baum“ ermittelt.

---